

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

23. JAHRGANG

OKTOBER 1970

10

INHALT

Seite

Die Industriestruktur in den kreisfreien Städten und Landkreisen	
Nach dem Stand der Verwaltungsreform vom 7. November 1970	205
Wohngeldgewährung im Jahre 1969	212
Wanderungen im Jahre 1969	218
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1969	222
Struktur der Hennenhaltung 1969	227
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	73*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	79*



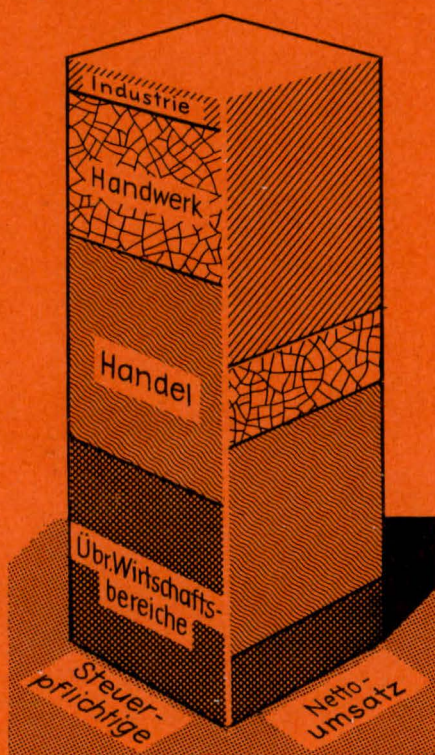
HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

Soeben ist Band 202 der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz erschienen:

DER UMSATZ UND SEINE BESTEUERUNG IN RHEINLAND-PFALZ 1968

Umfang ca. 100 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 6,-

Im Rahmen des gesetzlich festgelegten zweijährigen Erhebungsturnus wurde für das Jahr 1968 wieder eine Umsatzsteuerstatistik durchgeführt, deren Ergebnisse im vorliegenden Quellenband veröffentlicht werden. Diesem Band kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als hier nach dem einschneidenden umsatzsteuerrechtlichen Systemwechsel erstmals ausführliche Daten über die am 1. Januar 1968 eingeführte Mehrwertbesteuerung vorgelegt werden.



Der Band enthält neben eingehenden textlichen Erläuterungen detailliertes Zahlenmaterial über Umsatzsteuerpflichtige, Umsätze und gezahlte Umsatzsteuer. Die Angaben, die für jede kreisfreie Stadt und jeden Landkreis von Rheinland-Pfalz nach Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklassen gegliedert dargestellt sind, bieten die Möglichkeit regionaler Untersuchungen der Umsatzstruktur und der Umsatzsteuerkraft.

Den wichtigsten Ergebnissen des Jahres 1968 sind – soweit nach Einführung des neuen Mehrwertsteuerrechts eine Vergleichbarkeit gegeben war – die entsprechenden Daten für 1966 und 1967 gegenübergestellt, um die jeweiligen Veränderungsraten aufzuzeigen.

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| - = nichts vorhanden | ϕ = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,- Jahresabonnement DM 20,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) *20 91, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet.

Für den eiligen Leser

Industrie in den neuen Kreisen

Seite 205

Unter den Verwaltungsbezirken von Rheinland-Pfalz wies 1969 der neugebildete Landkreis Mayen-Koblenz mit 229 die höchste Zahl von Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten aus. Nach der Zahl der Beschäftigten führte jedoch die kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein mit 63 537 mit weitem Abstand vor Mainz mit 24 972. Auch beim Umsatz lag Ludwigshafen mit fast 5 Mrd. DM vor Mainz mit 2,3 Mrd. DM. Die Relation Beschäftigte auf 1 000 Einwohner ergab für Ludwigshafen den höchsten Industrialisierungsgrad des Landes von 365. Der größte Umsatzbetrag je Beschäftigten wurde mit nahezu 140 000 DM für den Landkreis Germersheim ermittelt, die höchste Exportquote mit 41,3% des Umsatzes wiederum für Ludwigshafen am Rhein.

Wohngeldgewährung 1969

Seite 212

Vom 1. Januar 1969 bis 1. Januar 1970 stieg die Zahl der Wohngeldempfänger nur noch um 3,6% auf insgesamt 33 102 an, wobei für Empfänger von Mietzuschuß (29 512) eine Steigerung um 5,7%, für Empfänger von Lastenzuschuß dagegen (3 590) ein Rückgang von 10,9% festzustellen war. Die finanziellen Aufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 20,8 Mill. DM, wovon Land und Bund je die Hälfte trugen. 18% der gezahlten Mittel entfielen auf Lastenzuschüsse, obwohl deren Empfänger nur 11% aller Wohngeldempfänger ausmachten. 51% der Empfänger waren in Rheinhessen-Pfalz beheimatet, 37 bzw. 12% in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier. Ähnlich verteilten sich die ausbezahlten Mittel. Im Bezirk Trier ging - im Gegensatz zu den beiden anderen Bezirken - die Zahl der Wohngeldempfänger zurück (- 10,3%). Besonders stark war hier der Rückgang bei den Lastenzuschußempfängern (- 20,5%).

Wanderungen 1969

Seite 218

Die Gesamtzahl der Zu- und Fortzüge betrug im Berichtsjahr 357 580. Per Saldo erbrachte das Wanderungsjahr 1969 einen Wanderungsgewinn in Höhe von 17 187 Personen, da den 123 325 Zuzügen über die Landesgrenzen nur 106 138 Fortzüge gegenüberstanden. Die Wohnbevölkerung von Rheinland-Pfalz stieg 1969 um fast 27 000 Personen von 3 644 511 auf 3 671 275. Knapp zwei Drittel der Zunahme erbrachte der Wanderungsgewinn, ein Drittel der Geborenenüberschuß. Rund 16 600 der Personen, die nach Rheinland-Pfalz zuzogen, kamen aus den europäischen Gastarbeiterländern.

Bevölkerungsbewegung 1969

Seite 222

1969 wurden 26 998 Ehen geschlossen und 3 663 geschieden. Während die Zahl der Eheschließungen damit erstmals seit Jahren stieg, nahm die der Scheidungen erneut zu und überbot den bisherigen Höchststand des Jahres 1949. Über 4 500 Kinder weniger als im Jahr zuvor, nämlich 53 987, kamen lebend zur Welt. Demgegenüber blieb die Zahl der Sterbefälle mit insgesamt 44 430 nahezu gleich. Der Geborenenüberschuß war infolgedessen mit 9 557 um 4 756 geringer als 1968. Somit waren 1969 die niedrigste Zahl der Lebendgeborenen seit 1949 und der geringste Geborenenüberschuß seit 1948 zu verzeichnen.

In der Hennenhaltung setzte sich die Entwicklung zu größeren Bestandseinheiten fort. Bei einem von 1967 bis 1969 um rund 400 000 auf 4,3 Mill. Tiere gestiegenem Legehennenbestand reduzierte sich gleichzeitig die Zahl der Hennenhalter um gut ein Fünftel auf rund 108 500. Der Rückgang berührte die Haltungsgrößen bis zu 1 000 Tieren, wobei die kleineren Bestandseinheiten wiederum die zahlenmäßig stärksten Einbußen verzeichneten.

Kurz und aktuell

Steueraufkommen III. Quartal 1970

Das kassenmäßige Aufkommen an staatlichen Steuern belief sich im III. Quartal auf 1 516 Mill. DM, das sind 169 Mill. DM (+ 12,5%) mehr als im II. Quartal und 167 Mill. DM (+ 12,4%) mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Erträge aus den gemeinschaftlichen Steuern von Einkommen und Umsatz lagen im Berichtsvierteljahr mit 1 105 Mill. DM um 43 Mill. DM oder 4,1% über dem Aufkommen des III. Quartals 1969. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem die um 46,6% höheren Einnahmen an Lohnsteuer, während das Aufkommen aus der Umsatz- und Körperschaftsteuer zurückging. An Bundessteuern wurden 292 Mill. DM und damit 108 Mill. DM oder 58,8% mehr registriert als in der Zeit von Juli bis September 1969. Aus den Verbrauchsteuern flossen mit 235 Mill. DM 70,5% mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres, was vor allem auf die außergewöhnlich hohen Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuer zurückzuführen ist. Die Landessteuern verzeichneten im Berichtsquartal mit 119 Mill. DM im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Einnahmeanstieg um 16 Mill. DM oder 15%. Hierzu trugen in erster Linie die Kraftfahrzeug- und Vermögensteuer bei.

Kreisbeilage

Bei Redaktionsschluß des Oktober-Heftes waren erst wenige Kreisergebnisse auf den **allerneuesten Gebietsstand 7. November 1970** umgerechnet, für die sich eine eigene zusammenfassende Kreisbeilage nicht lohnt. Es ist vorgesehen, stattdessen dem nächsten Monatsheft den bis dahin fertiggestellten 28seitigen Statistischen Bericht A-P O/VV 1970-5 beizulegen, der rund 220 Kreisergebnisse nach dem Stand der territorialen Verwaltungsreform vom 7. November 1970 enthalten wird.

Mitte des Jahres haben wir den Statistischen Bericht A-P O/VV 1969-4 veröffentlicht, mit dem über 500 Daten für jeden Kreis und 11 für jede Gemeinde nach dem **Gebietsstand 7. Juni 1969** vorgelegt worden sind.

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

23. Jahrgang

Heft 10

Oktober 1970

Die Industriestruktur in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Nach dem Stand der Verwaltungsreform vom 7. November 1970

Aufgrund des Siebenten und Neunten Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 28. Juli 1970 (GVBl. Nr. 15 v. 5. August 1970), die am 7. November 1970 in Kraft treten, ergeben sich Gebietsveränderungen von Landkreisen und Gemeinden, insbesondere in kreisfreien und kreisangehörigen Städten, die sich ausschließlich auf den Nordteil des Landes (Regierungsbezirke Koblenz und Trier) beziehen. Hieraus folgen Änderungen der Industriestruktur der einzelnen Kreise und Städte, die auch abhängig von der Größe der betroffenen Industriebetriebe sind. Nachstehend werden für die kreisfreien Städte und Landkreise die wesentlichen industriestatistischen Daten, nämlich Betriebe, Beschäftigte, Lohn- und Gehaltssumme sowie Inlands- und Auslandsumsatz, nach dem Gebietsstand 7. November 1970 vorgelegt und kommentiert.

Abgesehen von den neugebildeten Landkreisen Mayen-Koblenz und Bitburg-Prüm ergaben sich infolge der neuen Verwaltungsabgrenzung wesentliche Änderungen (Zugänge von rund 10% sowohl bei den Betrieben als auch bei den Industriebeschäftigten) für die Kreise Ahrweiler und Daun. Bemerkenswert ist jedoch auch der starke Rückgang des Industrialisierungsgrades (Beschäftigte je 1 000 Einwohner) in der kreisfreien Stadt Koblenz von 63 auf 54 und im Landkreis Daun von 68 auf 60, obwohl im letzten Kreis eine größere Zunahme von Industriebeschäftigten zu verzeichnen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, daß durch die Gebietsvergrößerung relativ mehr Einwohner als Industriebeschäftigte in das neue Kreisgebiet eingegliedert wurden. Hieraus läßt sich erkennen, wie problematisch die Beziehungszahl Industriebeschäftigte je Einwohner sein kann, wenn sie ohne kritische Wertung verwandt wird, um eine Vorstellung über die Bedeutung der Industrie in einer bestimmten Region zu erhalten. Denn trotz der Erhöhung der Zahl der Industriebeschäftigten wird der Industrialisierungsgrad eines Gebietes sinken, wenn die Zunahme bei den Einwohnern noch größer ist.

1. Betriebe

Im Durchschnitt bestanden 1969 in Rheinland-Pfalz je Kreis 79 Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, 60 in kreisfreien Städten und 88 in Landkreisen. Unter allen Verwaltungsbezirken verzeichneten die meisten Betriebe der neugebildete Landkreis Mayen-Koblenz mit 229, gefolgt von den Landkreisen Pirmasens (187) und Birkenfeld (176).

Über dem Landesdurchschnitt von 88 Betrieben je Landkreis blieben dann nur noch einige Landkreise des Regierungsbezirks Koblenz, und zwar der Unterwesterwaldkreis (142), Neuwied (139), Bad Kreuznach (135), Altenkirchen (132), der Oberwesterwaldkreis (105) und der Rhein-Lahn-Kreis (97). Am dünnsten war die Besetzung im Land- und Stadtkreis Zweibrücken (je 18) sowie in den kreisfreien Städten Landau (22) und Frankenthal (31). Unter den kreisfreien Städten rangierten Pirmasens (127) und Mainz (107) mit weitem Abstand an der Spitze. Den Durchschnitt von 60 Betrieben überschritten noch Ludwigshafen a. Rh. (78), Worms und Trier (je 76).

An dieser, im wesentlichen von der Fläche des jeweiligen Kreises abhängigen Gliederung, die keine Aussage über die Größenstruktur der Betriebe und die Bedeutung der Industrie in den betreffenden Kreisen zuläßt, hat sich seit 1961 nur wenig geändert. Bemerkenswert ist nur, daß in den meisten Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen bereits zur damaligen Zeit die Zahl der Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten überdurchschnittlich hoch war, Rückgänge zu verzeichnen sind, während in einigen Kreisen, in denen die Anzahl solcher Industriebetriebe klein war, ein Anstieg in der Besetzung festgestellt werden kann; so vor allem in den Landkreisen Oberwesterwald, Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Ludwigshafen und Zweibrücken sowie der kreisfreien Stadt Trier. In dieser Entwicklung kommen einerseits die Bemühungen der Landesregierung um Neuansiedlung von Industriebetrieben in Gebieten mit schwacher Wirtschaftsstruktur, zum anderen die strukturellen Umwandlungen in Branchenstruktur und Größenklassengliederung durch Bildung immer größerer, wettbewerbsfähigerer Betriebe sowie Stilllegung von Kleinstbetrieben in bereits stärker industrialisierten Gebieten zum Ausdruck.

2. Beschäftigte

Die Rangfolge der Kreise, die sich aufgrund des Betriebsbesatzes ergeben hat, ändert sich, wenn die Beschäftigten als Kriterium herangezogen werden, da sich hier die Betriebsgröße, ausgedrückt eben in der Zahl der Beschäftigten, auswirkt. Im Durchschnitt waren 1969 je Kreis rund 10 208 Personen in Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftig-

Betriebe, Beschäftigung und Umsatz der Industrie
(Betriebe mit 10 und

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk (Gebietsstand 7. 11. 1970)	Betriebe				Beschäftigte				Lohn- und	
		1961	1967	1968	1969	1961	1967	1968	1969	1961	1967
		Anzahl (Monatsdurchschnitt)									
1	Kreisfreie Stadt Koblenz	50	51	51	51	4 396	5 786	6 095	6 671	29 346	65 461
	Landkreise										
2	Ahrweiler	83	89	87	85	7 651	6 941	7 358	7 788	47 404	68 141
3	Altenkirchen (Ww.)	118	136	132	132	15 982	14 395	14 409	15 588	109 371	142 217
4	Bad Kreuznach	141	137	134	135	13 020	14 347	14 899	16 057	77 096	134 349
5	Birkenfeld	182	180	175	176	6 945	6 855	7 060	7 304	34 182	52 496
6	Cochem-Zell	36	45	42	39	2 150	2 681	2 793	2 940	10 026	21 004
7	Mayen-Koblenz	259	239	230	229	18 806	16 864	16 766	17 668	130 534	176 922
8	Neuwied	136	141	141	139	19 486	17 370	17 130	17 672	139 663	187 955
9	Oberwesterwaldkreis	79	100	102	105	3 891	5 299	5 503	6 053	22 620	48 171
10	Rhein-Hunsrück-Kreis	69	71	71	66	4 374	5 187	4 963	5 347	24 346	46 029
11	Rhein-Lahn-Kreis	95	97	96	97	7 347	7 315	7 556	7 877	45 832	69 306
12	Unterwesterwaldkreis	151	155	145	142	11 142	10 567	10 786	11 657	71 104	107 779
13	Reg. Bez. Koblenz	1 399	1 441	1 406	1 396	115 190	113 607	115 318	122 622	741 524	1 119 830
14	Kreisfreie Stadt Trier	52	70	70	76	6 410	7 201	7 511	8 295	38 532	67 838
	Landkreise										
15	Bernkastel-Wittlich	49	63	63	60	1 995	2 689	2 824	3 117	9 905	22 724
16	Bitburg-Prüm	43	55	56	56	1 717	2 783	2 961	3 190	9 174	22 527
17	Daun	57	63	58	57	3 369	3 149	3 125	3 428	18 384	28 887
18	Trier-Saarburg	47	43	42	42	5 502	5 878	6 347	7 386	30 894	49 678
19	Reg. Bez. Trier	248	294	289	291	18 993	21 700	22 768	25 416	106 889	191 654
20	Kreisfreie Städte Frankenthal (Pfalz)	34	34	31	31	11 441	11 632	11 280	11 734	83 561	128 879
21	Kaiserslautern	50	45	45	46	15 301	13 438	13 004	13 755	99 059	137 034
22	Landau i. d. Pfalz	26	25	24	22	2 377	2 461	2 425	2 620	12 414	20 390
23	Ludwigshafen a. Rhein	85	79	80	78	65 850	63 309	62 210	63 537	603 053	927 497
24	Mainz	114	111	110	107	21 997	23 186	23 815	24 972	153 367	270 976
25	Neustadt a. d. Weinstr.	42	39	42	40	4 252	3 883	4 026	4 188	26 546	37 828
26	Pirmasens	146	136	127	127	14 339	11 916	12 002	12 270	82 549	106 043
27	Speyer	47	50	48	48	8 072	7 541	7 363	7 581	47 518	75 549
28	Worms	77	77	78	76	12 078	12 313	12 067	12 241	78 894	128 164
29	Zweibrücken	24	21	21	18	7 125	6 004	6 165	6 784	47 992	62 123
	Landkreise										
30	Alzey-Worms	44	38	37	38	2 984	2 821	2 721	2 992	18 408	23 193
31	Bad Dürkheim	86	87	82	77	10 866	9 005	9 184	9 461	66 055	86 043
32	Donnersbergkreis	46	49	48	47	4 979	5 098	5 215	5 729	32 359	48 126
33	Germersheim	68	68	63	67	6 708	9 889	11 117	12 654	38 107	96 877
34	Kaiserslautern	48	44	45	42	4 094	3 252	3 268	3 227	20 854	24 833
35	Kusel	47	48	46	48	3 256	3 891	4 269	4 989	17 673	29 964
36	Landau-Bad Bergzabern	82	81	71	69	6 135	6 391	6 519	7 078	32 277	53 232
37	Ludwigshafen	33	50	51	48	1 631	2 667	2 785	2 928	8 973	24 406
38	Mainz-Bingen	80	78	73	74	10 813	11 926	12 331	12 896	71 408	136 864
39	Pirmasens	201	194	188	187	17 667	16 623	16 565	16 975	94 233	128 315
40	Zweibrücken	9	17	17	18	332	1 174	1 207	1 242	1 613	8 648
41	Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	1 389	1 371	1 327	1 308	232 297	228 420	229 538	239 853	1 636 913	2 554 984
42	Rheinland-Pfalz	3 036	3 106	3 022	2 995	366 480	363 727	367 624	387 891	2 485 326	3 866 468
43	Kreisfreie Städte	747	738	727	720	173 638	168 673	167 963	174 648	1 302 831	2 027 782
44	Landkreise	2 289	2 368	2 295	2 275	192 842	195 054	199 661	213 243	1 182 495	1 838 686

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer.

in den Verwaltungsbezirken 1961 - 1969
mehr Beschäftigten)

Gehaltssumme		Gesamtumsatz				Auslandsumsatz				Lfd. Nr.
1968	1969	1961	1967	1968	1969 ¹⁾	1961	1967	1968	1969	
1 000 DM										
74 213	88 941	146 142	356 982	424 571	515 794	4 539	44 292	41 561	66 152	1
78 913	91 163	260 718	343 504	409 973	433 859	31 564	44 054	55 739	51 909	2
154 317	188 375	490 800	742 369	830 606	887 009	25 216	84 943	85 779	97 009	3
149 535	173 321	351 585	539 512	620 425	667 087	46 940	101 838	127 332	131 685	4
56 681	63 324	185 751	264 605	299 701	328 725	61 567	75 651	74 812	90 854	5
24 423	26 751	58 877	142 533	178 670	172 257	894	3 140	7 703	10 928	6
188 980	220 127	879 863	1 160 161	1 256 158	1 356 067	64 936	154 695	164 965	214 416	7
199 851	227 373	755 209	940 832	1 090 552	1 183 832	87 881	131 697	174 185	198 122	8
53 912	65 972	101 025	183 558	234 211	253 735	4 185	9 383	17 337	15 609	9
46 059	54 252	157 493	182 769	233 346	263 621	8 844	30 863	44 947	62 181	10
76 543	86 919	235 953	369 427	431 162	470 564	22 642	66 489	65 722	82 073	11
117 344	139 685	227 060	360 255	414 922	465 842	30 530	50 241	58 515	72 335	12
1 220 771	1 426 203	3 850 476	5 586 507	6 424 297	6 998 392	389 738	797 286	918 597	1 093 273	13
77 032	92 184	342 035	450 494	531 394	563 788	13 738	47 611	63 429	78 920	14
25 247	29 669	73 760	177 670	213 216	246 046	2 334	6 853	11 913	11 796	15
25 601	30 064	72 026	130 667	162 268	190 959	997	6 461	8 954	11 304	16
30 626	36 691	82 492	142 449	163 772	182 951	4 768	13 447	11 400	12 755	17
58 044	72 438	155 511	253 003	309 986	347 395	17 327	36 283	41 662	65 010	18
216 550	261 046	725 824	1 154 283	1 380 636	1 531 139	39 164	110 655	137 358	179 785	19
133 051	151 359	352 568	469 683	472 044	510 021	86 181	131 847	121 847	148 959	20
144 901	176 422	320 292	341 765	350 356	412 945	72 933	90 872	85 546	106 111	21
21 453	25 971	64 523	115 109	128 432	140 697	601	3 366	6 300	8 135	22
970 348	1 091 313	2 811 124	4 349 173	4 901 824	4 953 167	939 530	1 738 590	2 006 147	2 046 660	23
301 463	351 378	721 815	2 117 570	2 086 616	2 274 184	51 566	534 786	465 542	447 986	24
40 966	46 453	121 299	166 466	190 361	195 660	18 606	22 553	30 136	34 945	25
114 756	126 097	337 637	428 141	489 510	510 386	24 632	44 982	59 770	76 377	26
81 213	92 148	162 330	309 963	350 320	321 436	5 384	21 761	25 869	21 466	27
134 219	149 088	455 476	904 609	1 076 528	1 082 838	43 846	79 544	115 972	134 759	28
72 458	87 030	199 805	249 413	315 531	350 985	31 878	76 181	132 484	137 363	29
23 680	29 175	99 862	110 144	133 338	151 473	7 937	5 145	5 996	10 784	30
94 195	104 964	381 734	412 262	491 979	501 094	20 629	25 677	27 120	34 008	31
53 751	65 964	142 777	236 439	264 238	301 331	9 961	22 481	29 881	40 977	32
122 726	159 204	184 394	687 949	1 422 445	1 758 297	10 204	.	.	.	33
27 689	31 182	116 520	87 936	117 723	166 290	6 998	9 604	11 472	13 786	34
35 637	44 452	75 029	98 993	127 033	128 302	7 034	10 634	11 086	13 908	35
60 087	71 597	173 348	255 343	301 448	329 344	13 826	27 534	40 095	47 544	36
27 189	31 589	56 494	115 388	134 431	147 046	1 888	7 774	9 862	12 573	37
152 170	171 290	402 185	828 921	959 515	985 596	65 923	123 511	139 684	157 613	38
142 128	154 574	383 533	612 383	726 874	712 323	4 091	19 078	27 546	40 014	39
9 801	11 053	5 201	18 020	19 317	25 150	-	.	.	.	40
2 763 881	3 172 303	7 567 946	12 915 670	15 059 863	15 958 565	1 423 648	3 157 407	3 841 722	4 191 589	41
4 201 202	4 859 552	12 144 246	19 656 460	22 864 796	24 488 096	1 852 550	4 065 348	4 897 677	5 464 647	42
2 166 073	2 478 387	6 035 046	10 259 368	11 317 487	11 831 901	1 293 434	2 836 385	3 154 603	3 307 833	43
2 035 129	2 381 165	6 109 200	9 397 092	11 547 309	12 656 195	559 116	1 228 963	1 743 074	2 156 814	44

ten tätig, in kreisfreien Städten mit 14 554 über drei Viertel mehr als in den Landkreisen mit 8 202. Im Gegensatz zur Reihenfolge bei den Betrieben stehen hier die kreisfreien Städte vor den Landkreisen an der Spitze der Skala, weil sich in den Städten (243 Beschäftigte je Betrieb) gegenüber den Landkreisen (94) die größeren Betriebe befinden.

In der Gliederung nach den einzelnen Verwaltungsbezirken schlagen bei dieser Relation einige Großbetriebe besonders zu Buch. Die höchste Beschäftigtenzahl je Betrieb wies Ludwigshafen am Rhein mit 815 auf, wobei die BASF eine Sonderstellung einnimmt. Es folgten die Städte Frankenthal mit 379 und Zweibrücken mit 377 Beschäftigten je Betrieb. Eine unter den kreisfreien Städten überdurchschnittliche Beschäftigtenzahl je Betrieb wurde auch für Kaiserslautern (299) ermittelt. Am unteren Ende dieser Skala rangieren Pirmasens (97), Neustadt an der Weinstraße (105) und Trier (109).

Unter den Landkreisen wurde die höchste durchschnittliche Betriebsgröße im Landkreis Germersheim (189) registriert, gefolgt von Trier-Saarburg (176) und Mainz-Bingen (174). Eine über dem Mittel der Landkreise liegende Zahl der Beschäftigten je Betrieb wiesen noch die Landkreise Neuwied (127), Bad Dürkheim (123), der Donnersbergkreis (122), Bad Kreuznach, Altenkirchen (je 119), Kusel (104) und Landau-Bad Bergzabern (103) aus. Die im Durchschnitt kleinsten Betriebe bestanden in den Landkreisen Birkenfeld (42), Bernkastel-Wittlich (52), Bitburg-Prüm (57) und Oberwesterwald (58).

Wenn alle industriell tätigen Betriebe laut Totalerhebung (Stand Ende September 1969) herangezogen werden, ergibt sich jedoch, daß die meisten Kleinstbetriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten, die in den oben genannten Relationen nicht berücksichtigt sind, in den Landkreisen Birkenfeld, Mayen-Koblenz, Unterwesterwald, Neuwied sowie in der kreisfreien Stadt Pirmasens anzutreffen sind. Hier sind insbesondere die oft recht kleinen Betriebe der Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie, der Industrie der Steine und Erden sowie der Schuhindustrie stark vertreten. Andererseits sind die meisten ausgesprochenen Großbetriebe mit 200 und mehr Beschäftigten in den kreisfreien Städten Mainz, Ludwigshafen und Worms sowie in den Landkreisen Neuwied, Mayen-Koblenz, Altenkirchen und Pirmasens ansässig. Die höchste absolute Zahl von Industriebeschäftigten der Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten wies unter den Landkreisen Neuwied mit 17 672 auf, gefolgt von Mayen-Koblenz mit 17 668, Pirmasens mit 16 975, Bad Kreuznach mit 16 057 und Altenkirchen mit 15 588. Bei den kreisfreien Städten führte Ludwigshafen am Rhein (63 537) mit weitem Abstand vor Mainz (24 972). Auch in der weiteren Reihenfolge ist gegenüber früheren Jahren keine wesentliche Änderung eingetreten.

3. Industrialisierungsgrad

Bei Zugrundelegung des Industrialisierungsgrades, der eine genauere Vorstellung über die Bedeutung der Industrie in den einzelnen Verwaltungs-

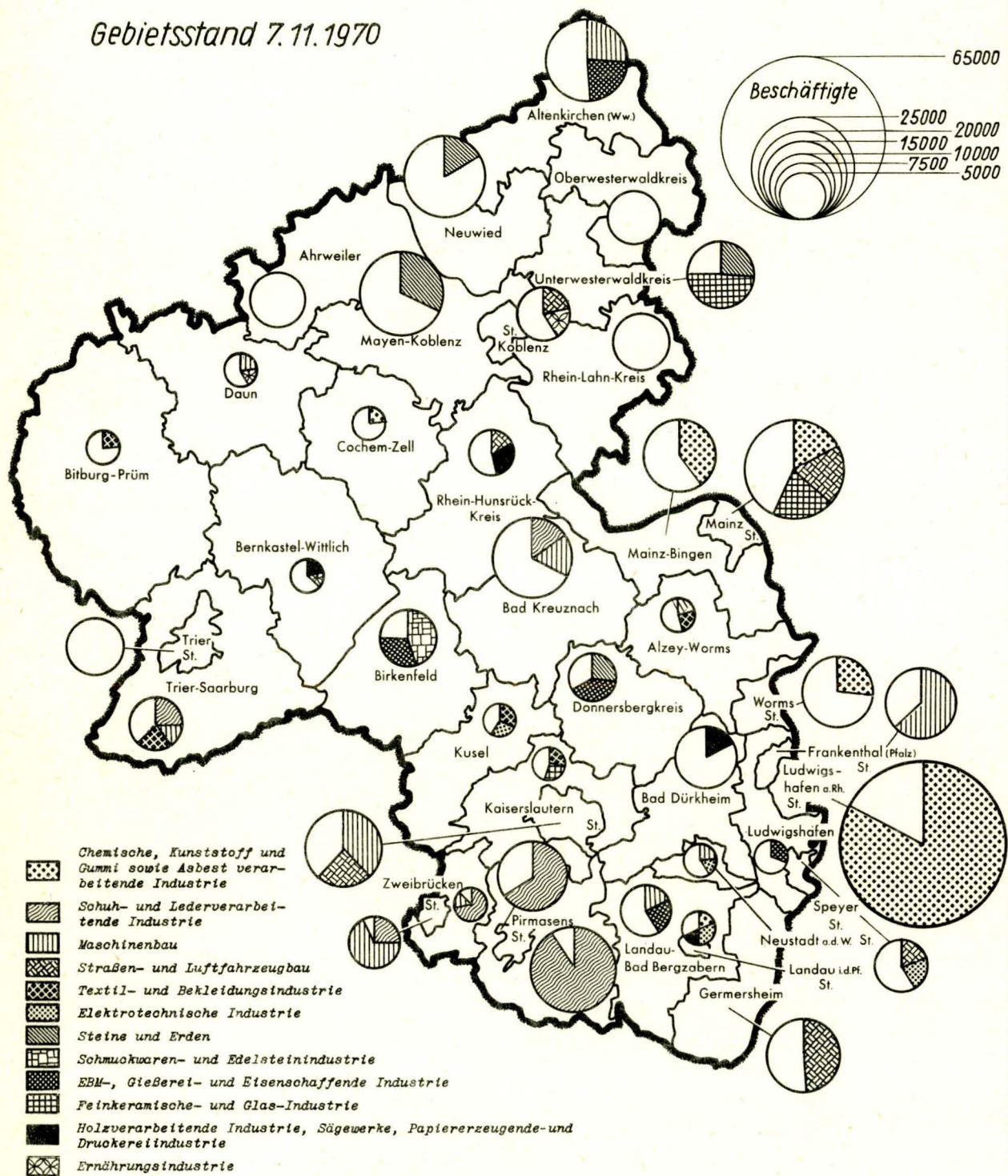
bezirken vermitteln soll, ergibt sich folgendes Bild: Für das Land wurde 1969 eine Industriedichte von 106 Industriebeschäftigten auf 1 000 Einwohner ermittelt, wobei sie in den kreisfreien Städten mit 173 mehr als doppelt so hoch war als in den Landkreisen mit 80 Beschäftigten auf 1 000 Einwohner. Die größte Industriedichte unter allen Verwaltungsbezirken wies nach dieser Abgrenzung die Stadt Ludwigshafen am Rhein (365) vor den Städten Frankenthal (294) und Pirmasens (217) auf. Über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte lagen noch Zweibrücken (206) und Speyer (181). Unter den Landkreisen führt Pirmasens mit 211 Beschäftigten auf 1 000 Einwohner, gefolgt von Germersheim, dem Unterwesterwaldkreis (je 138) und Altenkirchen (129). Überdurchschnittlich groß ist die Industriedichte noch in den Landkreisen Neuwied (118), Bad Kreuznach (109), Mayen-Koblenz (95), Mainz-Bingen und Donnersbergkreis (je 85) sowie Bad Dürkheim (81). Am geringsten ist der Industrialisierungsgrad in den Landkreisen Ludwigshafen (25), Bernkastel-Wittlich (29), Alzey-Worms (30), Bitburg-Prüm (34) und Kaiserslautern (35). Den Bundesdurchschnitt von 137 Beschäftigten auf 1 000 Einwohner erreichten von den kreisfreien Städten nicht: Koblenz (54), Trier (80), Landau i. d. Pf. und Neustadt a. d. Weinstr. (je 82). Von den Landkreisen übertrafen ihn Pirmasens, Germersheim und der Unterwesterwaldkreis.

Im Vergleich zu 1961 verzeichneten die stärker industrialisierten kreisfreien Städte im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz durchweg Abnahmen im Industrialisierungsgrad, die teilweise durch einen Rückgang der Zahl der Industriebeschäftigten (insbesondere in Ludwigshafen, Kaiserslautern und Pirmasens) bedingt sind, größtenteils jedoch durch den ständigen Anstieg der Einwohner bei Stagnation der Zahl der Industriebeschäftigten herbeigeführt wurden. Koblenz (1961: 38, 1969: 54) und Trier (61, 80), die bisher nicht so stark industrialisierten Städte im Nordteil des Landes, konnten dagegen ihren Industrialisierungsgrad beachtlich steigern. In folgenden Landkreisen, in denen sich die Zahl der Beschäftigten teilweise um ein Vielfaches erhöht hat, konnte der Industrialisierungsgrad ebenfalls bemerkenswert verbessert werden: Germersheim (87, 138), Zweibrücken (11, 38), Kusel (40, 61) und Oberwesterwaldkreis (60, 79). Weitere, wenn auch kleinere Steigerungen in der Industriedichte wurden für Bad Kreuznach (95, 109), Trier-Saarburg (50, 63), Bernkastel-Wittlich (19, 29) und Cochem-Zell (34, 44) registriert. Rückläufig war der Industrialisierungsgrad insbesondere in den besonders stark industrialisierten Landkreisen Pirmasens (240, 211), Neuwied (145, 118), Mayen-Koblenz (110, 95) und Altenkirchen (142, 129). In dieser Entwicklung finden wiederum die Bemühungen der Landesregierung um Neuansiedlungen in industriell schwach besetzten Gebieten ihren Niederschlag, während sich in den stärker industrialisierten Kreisen strukturelle Umwandlungsprozesse infolge Rationalisierung und Übergang zu moderneren Industriezweigen zeigen.

Industriestruktur¹⁾ der Verwaltungsbezirke 1969

(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Gebietsstand 7.11.1970



1) Dargestellt sind alle Industriezweige mit einem Anteil von 15 und mehr % an den Gesamtbeschäftigten des Kreises.

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der Verwaltungsbezirke 1961 - 1969
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand 7. 11. 1970)	Industriebeschäftigte je 1 000 Einwohner				Industrieumsatz je Beschäftigten				Exportquote			
	1961	1967	1968	1969	1961	1967	1968	1969	1961	1967	1968	1969
	Anzahl				DM				%			
Kreisfreie Stadt												
Koblenz	38	47	49	54	33 244	61 698	69 659	77 319	3,1	12,4	9,8	12,8
Landkreise												
Ahrweiler	82	67	71	74	34 076	49 489	55 718	55 709	12,1	12,8	13,6	12,0
Altenkirchen (Ww.)	142	120	120	129	30 710	51 571	57 645	56 903	5,1	11,4	10,3	10,9
Bad Kreuznach	95	98	102	109	27 003	37 605	41 642	41 545	13,4	18,9	20,5	19,7
Birkenfeld	76	71	74	76	26 746	38 600	42 451	45 006	33,1	28,6	25,0	27,6
Cochem-Zell	34	40	41	44	27 385	53 164	63 971	58 591	1,5	2,2	4,3	6,3
Mayen-Koblenz	110	92	91	95	46 786	68 795	74 923	76 753	7,4	13,3	13,1	15,8
Neuwied	145	117	115	118	38 756	54 164	63 663	66 989	11,6	14,0	16,0	26,2
Oberwesterwaldkreis	60	71	73	79	25 964	34 640	42 561	41 919	4,1	5,1	7,4	6,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	54	60	57	61	36 007	35 236	47 017	49 303	5,6	16,9	19,3	23,6
Rhein-Lahn-Kreis	64	61	63	66	32 116	50 503	57 062	59 739	9,6	18,0	15,2	17,4
Unterwesterwaldkreis	149	128	130	138	20 379	34 092	38 469	39 962	13,4	13,9	14,1	15,5
Reg. Bez. Koblenz	92	84	85	90	33 427	49 174	55 709	57 073	10,1	14,3	14,3	15,6
Kreisfreie Stadt												
Trier	61	69	72	80	53 360	62 560	70 749	67 967	23,1	10,6	11,9	14,0
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	19	25	26	29	36 972	66 073	75 501	78 937	3,2	3,9	5,6	4,8
Bitburg-Prüm	19	30	31	34	41 949	46 952	54 802	59 862	1,4	4,9	5,5	5,9
Daun	65	55	55	60	24 486	45 236	52 407	53 370	5,8	9,4	7,0	7,0
Trier-Saarlburg	50	51	54	63	28 264	43 042	48 840	47 034	11,1	14,3	13,4	18,7
Reg. Bez. Trier	41	45	47	53	38 215	53 193	60 639	60 243	5,4	9,6	9,9	11,7
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	320	299	290	294	30 816	40 379	41 848	43 465	24,4	28,1	25,8	29,2
Kaiserslautern	154	135	130	138	20 933	25 433	26 942	30 021	22,8	26,6	24,4	25,7
Landau i. d. Pfalz	82	77	76	82	27 145	46 773	52 962	53 701	0,9	2,9	4,9	5,8
Ludwigshafen a. Rhein	397	366	360	365	42 690	68 698	78 795	77 957	33,4	40,0	40,9	41,3
Mainz	145	136	140	143	32 814	91 330	87 618	91 069	7,1	25,3	22,3	19,7
Neustadt a. d. Weinstr.	83	77	80	82	28 528	42 870	47 283	46 719	15,3	13,5	15,8	17,9
Pirmasens	243	209	211	217	23 547	35 930	40 786	41 596	7,3	10,5	12,2	15,0
Speyer	210	181	177	181	20 110	41 104	47 578	42 400	3,3	7,0	7,4	6,7
Worms	160	159	156	158	37 711	73 468	89 213	88 460	9,6	8,8	10,8	12,4
Zweibrücken	216	181	186	206	28 043	41 541	51 181	51 737	16,0	30,5	42,0	39,1
Landkreise												
Alzey-Worms	32	29	28	30	33 466	39 044	49 003	50 626	7,9	4,7	4,5	7,1
Bad Dürkheim	100	78	80	81	35 131	45 781	53 569	52 964	5,4	6,2	5,5	6,8
Donnersbergkreis	77	76	78	85	28 676	46 379	50 669	52 597	7,0	9,5	11,3	13,6
Germersheim	87	111	125	138	27 489	69 567	127 952	138 952	5,5	.	.	.
Kaiserslautern	48	36	36	35	28 461	27 041	36 023	51 531	6,0	10,9	9,7	8,3
Kusel	40	47	52	61	23 043	25 442	29 757	25 717	9,4	10,7	8,7	10,8
Landau-Bad Bergzabern	60	61	62	68	28 256	39 954	46 241	46 531	8,0	10,8	13,3	14,4
Ludwigshafen	16	23	24	25	34 638	43 265	48 270	50 221	3,3	6,7	7,3	8,6
Mainz-Bingen	79	80	83	85	37 195	69 505	77 813	76 426	16,4	14,9	14,6	16,0
Pirmasens	240	208	207	211	21 709	36 839	43 880	41 963	1,1	3,1	3,8	5,6
Zweibrücken	11	36	38	38	15 666	15 349	16 004	20 250	-	.	.	.
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	137	127	128	132	32 579	56 544	65 609	66 535	18,8	24,4	25,5	26,3
Rheinland-Pfalz	107	100	101	106	33 138	54 052	62 196	63 131	15,3	20,7	21,4	22,3
Kreisfreie Städte	181	169	168	173	34 756	60 824	67 381	67 747	21,4	27,6	27,9	28,0
Landkreise	79	74	76	80	31 680	48 177	57 835	59 351	9,2	13,1	15,1	17,0

Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen und Verwaltungsbezirken im September 1969

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand 7. 11. 1970)	Betriebe mit ... Beschäftigten									
	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	200 - 299	300 - 399	400 - 499	500 - 999	1 000 - 4 999	5 000 und mehr
Kreisfreie Stadt										
Koblenz	16	14	9	4	5	1	4	2	-	-
Landkreise										
Ahrweiler	22	26	23	10	3	2	4	1	-	-
Altenkirchen (Ww.)	20	52	27	17	5	1	4	6	2	-
Bad Kreuznach	30	42	26	18	6	4	2	2	3	-
Birkenfeld	71	47	25	11	2	-	1	1	-	-
Cochem-Zell	12	11	7	9	-	2	-	-	-	-
Mayen-Koblenz	87	76	35	24	9	4	1	3	2	-
Neuwied	33	52	26	16	6	5	4	4	3	-
Oberwesterwaldkreis	29	43	24	10	3	2	-	-	-	-
Rhein-Hunsrück-Kreis	15	28	14	4	3	2	-	2	-	-
Rhein-Lahn-Kreis	26	34	20	11	6	3	2	-	-	-
Unterwesterwaldkreis	43	41	33	20	5	2	1	2	1	-
Reg. Bez. Koblenz	404	466	269	154	53	28	23	23	11	-
Kreisfreie Stadt										
Trier	20	28	8	12	4	2	2	3	-	-
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	13	20	13	6	1	1	-	-	-	-
Bitburg-Prüm	15	19	18	4	1	1	-	-	-	-
Daun	13	27	8	4	2	-	-	1	-	-
Trier-Saarburg	12	11	10	5	1	-	-	3	2	-
Reg. Bez. Trier	73	105	57	31	9	4	2	7	2	-
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	4	10	2	5	2	3	1	2	3	-
Kaiserslautern	10	15	7	7	2	1	1	1	3	1
Landau i. d. Pfalz	3	7	7	3	-	1	-	2	-	-
Ludwigshafen a. Rhein	9	20	17	12	4	3	2	5	4	1
Mainz	19	37	16	13	12	1	2	3	5	1
Neustadt a. d. Weinstr.	11	15	7	3	3	3	1	1	-	-
Pirmasens	19	59	17	15	7	3	2	5	-	-
Speyer	12	14	14	7	2	1	-	2	2	-
Worms	16	19	8	12	5	3	4	6	1	-
Zweibrücken	6	4	1	2	1	1	-	1	3	-
Landkreise										
Alzey-Worms	7	11	12	4	3	1	-	-	-	-
Bad Dürkheim	18	15	20	9	4	4	2	4	-	-
Donnersbergkreis	8	16	5	7	6	1	1	2	-	-
Germersheim	12	19	7	15	5	2	2	1	-	1
Kaiserslautern	10	13	8	5	1	4	-	-	-	-
Kusel	4	15	9	7	1	1	-	-	2	-
Landau-Bad Bergzabern	18	26	11	7	2	2	1	4	-	-
Ludwigshafen	12	21	7	7	3	-	-	-	-	-
Mainz-Bingen	23	26	9	7	3	4	1	3	2	-
Pirmasens	30	61	42	34	8	4	3	2	1	-
Zweibrücken	2	4	8	3	1	-	-	-	-	-
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	253	427	234	184	75	43	23	44	26	4
Rheinland-Pfalz	730	998	560	369	137	75	48	74	39	4
Kreisfreie Städte	145	242	113	95	47	23	19	33	21	3
Landkreise	585	756	447	274	90	52	29	41	18	1

4. Umsatz

In der Rangfolge der Kreise nach dem Umsatz werden ebenfalls die Einflüsse einzelner Großbetriebe sichtbar. Den höchsten Umsatz je Beschäftigten mit nahezu 140 000 DM wies der Landkreis Germersheim auf; mit weitem Abstand folgten die kreisfreien Städte Mainz (91 000 DM) und Worms (88 000 DM). Der Landkreis Bernkastel-Wittlich (79 000 DM), die Städte Ludwigshafen am Rhein (78 000 DM) und Koblenz (77 000 DM), die Landkreise Mayen-Koblenz (77 000 DM) und Mainz-Bingen (76 000 DM), die Stadt Trier (68 000 DM) und der Landkreis Neuwied (67 000 DM) lagen in dieser Reihenfolge ebenfalls noch über dem Landesdurchschnitt von 63 000 DM. Nach der absoluten Höhe des Umsatzes ergibt sich aufgrund der unterschiedlichen Relation Umsatz je Beschäftigten eine etwas andere Verteilung als nach den Beschäftigten. Die kreisfreien Städte Ludwigshafen (rund 5 Mrd. DM) und Mainz (2,3 Mrd. DM) führen vor den Landkreisen Germersheim (1,8 Mrd. DM), Mayen-Koblenz (1,4 Mrd. DM), Neuwied (1,2 Mrd. DM) und der Stadt Worms (1,1 Mrd. DM). Besonders exportabhängig ist die Industrie in den kreisfreien Städten Ludwigshafen (41,3% des Umsatzes geht ins Ausland), Zweibrücken (39,1%), Frankenthal (29,2%) und Kaiserslautern (25,7%) sowie in den Landkreisen Birkenfeld (27,6%), Neuwied (26,2%) und Rhein-Hunsrück (23,6%), wobei häufig nur einzelne Großbetriebe den Ausschlag geben. Am kleinsten war die Exportquote 1969 in den Landkreisen Bernkastel-Wittlich (4,8%) und Pirmasens (5,6%), in der kreisfreien Stadt Landau i. d. Pfalz (5,8%) und dem Landkreis Bitburg-Prüm (5,9%).

5. Vorherrschende Industriezweige

Betrachtet man die Industriestruktur in den einzelnen Kreisen, ergibt sich, daß eine Reihe von ihnen eindeutig von nur einem Industriezweig bestimmt wird, also nahezu eine Monostruktur aufweist. Im folgenden sollen diejenigen Kreise aufgeführt werden, in denen mehr als ein Viertel der Industriebeschäftigten in einem Industriezweig tätig ist. Hierbei ist zu beachten, daß hinter diesen Quo-

ten ebenfalls oft nur einige wenige Großbetriebe stehen, insbesondere auch bei Kreisen mit kleinen Beschäftigtenzahlen. Aus Gründen der Geheimhaltung sind deshalb einige Prozentanteile nicht ausgewiesen.

So beherrscht die Schuhindustrie die Industriestruktur der Landkreise Pirmasens (91% der Gesamtbeschäftigten) und Zweibrücken (73%) sowie der kreisfreien Stadt Pirmasens (67%). Außerdem ist sie noch in der kreisfreien Stadt Zweibrücken und im Landkreis Trier-Saarburg vorherrschend. Die chemische Industrie überwiegt stark in Ludwigshafen am Rhein (83%), was ihr auch den Namen „Stadt der Chemie“ eingebracht hat, und im Landkreis Mainz-Bingen (40%). Der Maschinenbau ist in mehreren Verwaltungsbezirken überdurchschnittlich vertreten, so in den kreisfreien Städten Zweibrücken (68%), Frankenthal/Pfalz (63%), Kaiserslautern, im Landkreis Altenkirchen (26%) und in der kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße (25%).

Der Straßenfahrzeugbau dominiert im Landkreis Germersheim ebenso wie die feinkeramische Industrie im Unterwesterwaldkreis (49%) und die Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie im Landkreis Birkenfeld (45%). Die Industriestruktur des neugebildeten Landkreises Mayen-Koblenz wird von der Industrie der Steine und Erden (32%) geprägt, insbesondere von der Bims- und Bimssteinindustrie sowie der Herstellung von feuerfesten und grobkeramischen Erzeugnissen. Einen starken Anteil besitzt dieser Industriezweig auch an den Beschäftigten des Donnersbergkreises (27%) und des Unterwesterwaldkreises (26%). Die Textilindustrie nimmt eine bevorzugte Stellung im Landkreis Kusel (32%) ein, die elektrotechnische Industrie in der kreisfreien Stadt Landau und ebenfalls im Landkreis Kusel. Die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie ist im Landkreis Birkenfeld (30%) von überdurchschnittlicher Bedeutung, die Holzverarbeitende Industrie im Rhein-Hunsrück-Kreis (31%), die Bekleidungsindustrie im Landkreis Alzey-Worms (26%) und die feinkeramische Industrie im Landkreis Kaiserslautern (27%).

Diplom-Volkswirt N. Haueisen

Wohngeldgewährung im Jahre 1969

1. Gesamtüberblick

Nach dem Inkrafttreten des Wohngeldgesetzes vom 1. April 1965, welches das Gesetz über Wohnbeihilfen aus dem Jahre 1963 ablöste, stieg die Zahl der Wohngeldempfänger von Jahr zu Jahr in gleichem Maße an, wie das Gesetz in breiteren Bevölkerungsschichten bekannt wurde und das Odium einer Fürsorgemaßnahme verlor. Trotzdem war damals schon abzusehen, daß sich nach einer gewissen Zeit ein Empfängerkreis bestimmter Größenordnung herauschälen würde, dessen Umfang und Struktur bei verhältnismäßig konstanten Umweltbedingungen keine oder nur allmähliche Veränderungen erfahren sollten. Diese Erwartung war be-

gründet einerseits in der während einer Zeit allgemein steigender Masseneinkommen dem Wohngeldgesetz innewohnenden Tendenz zur Verkleinerung des Empfängerkreises - bei wachsendem Einkommen fallen für viele Haushalte, welche zunächst anspruchsberechtigt waren, die Voraussetzungen für eine Wohngeldgewährung fort -, andererseits aber in der Wahrscheinlichkeit, daß bis zur restlosen Eingliederung der Wohnungswirtschaft in das System der sozialen Marktwirtschaft das Mietenniveau noch erheblich steigen und auch das Lastenniveau der Bauherren bestimmt nicht fallen dürften. In Anbetracht dieser beiden entgegenwirkenden Tendenzen konnte - unveränderte gesetzliche Bestim-

mungen vorausgesetzt - ein gewisses Gleichgewicht vorhergesagt werden, welches offenbar im Jahre 1969 eingetreten zu sein scheint, denn erstmals sind innerhalb der Gesamtempfängerzahlen und auch der Wohngeldauszahlungen keine größeren Veränderungsdaten mehr festzustellen.

Insgesamt stieg die Zahl der Wohngeldempfänger vom 1. Januar 1969 zum 1. Januar 1970 von 31 940 um nur 3,6% auf 33 102 an, wobei für Empfänger von Mietzuschuß (29 512) eine Steigerung um 5,7%, für Empfänger von Lastenzuschuß dagegen (3 590) ein Rückgang von 10,9% festzustellen war. Während des Berichtsjahres wurden für die nach dem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen 20,8 Mill. DM ausgegeben, wovon Land und Bund je die Hälfte trugen. Der größte Teil, nämlich rund 82%, entfiel auf die Empfänger von Mietzuschuß. Da im Durchschnitt die Lastenzuschüsse höher als die Mietzuschüsse sind, stand dem Anteil der Lastenzuschußempfänger am Kreis aller Wohngeldempfänger in Höhe von 11% eine Quote von 18% an den ausgezahlten Mitteln gegenüber.

Aus regionaler Sicht heraus ergibt sich in der Gliederung nach Regierungsbezirken folgendes Bild: Entsprechend ihrer Größe, aber auch wegen des in Städten höheren Miet-, Belastungs- und Baulandpreinsniveaus entfiel auf die beiden Regierungsbezirke Koblenz und Rheinhessen-Pfalz der weit überwiegende Teil der Wohngeldempfänger (rund 37 bzw. 51%). Bei den ausgezahlten Mitteln lagen die Werte fast in genau der gleichen Größenord-

Ausgezahlte Wohngeldbeträge nach Regierungsbezirken und Zuschußarten 1969

Regierungsbezirk	Ins-gesamt	Miet-zuschuß		Lasten-zuschuß	
	1 000 DM		%	1 000 DM	%
Koblenz	7 722	6 279	81,3	1 443	18,7
Trier	2 891	2 097	72,5	794	27,5
Rheinhessen-Pfalz	10 186	8 728	85,7	1 458	14,3
Insgesamt	20 799	17 104	82,2	3 695	17,8

nung, ein Zeichen dafür, daß die durchschnittlichen Beträge je Fall sich regional nicht sehr voneinander unterscheiden. Für den Regierungsbezirk Trier ist noch bemerkenswert, daß hier, im Gegensatz zu den beiden anderen Bezirken, die Zahl der Wohngeldempfänger zurückging, und zwar um 10,3% (Koblenz + 3,9%, Rheinhessen-Pfalz + 9,1%). Besonders stark war der Rückgang der Lastenzuschußempfänger im Bezirk Trier (20,5%).

Im Jahre 1970 wird sich wahrscheinlich das Bild infolge veränderter gesetzlicher Voraussetzungen erheblich wandeln, insbesondere wird die Zahl der Wohngeldempfänger nochmals stark zunehmen, denn am 14. November 1969 entschied das Bundesverfassungsgericht, daß § 29 des Wohngeldgesetzes, wonach Wohngeld nicht gezahlt wird, wenn der Antragsberechtigte für sich und für die zu seinem Haushalt zählenden Familienmitglieder Leistungen

Ausgezahlte Wohngeldbeträge nach Zuschußarten 1964 - 1969

Zeitraum	Ins-gesamt	Miet-zuschuß		Lasten-zuschuß	
	1 000 DM		%	1 000 DM	%
1. Halbjahr 1964 ¹⁾	402	378	94,0	24	6,0
2. " 1964	999	925	92,6	74	7,4
1. " 1965	1 350	1 240	91,9	110	8,1
2. " 1965	4 066	3 508	86,3	558	13,7
1. " 1966	8 140	6 017	73,9	2 122	26,1
2. " 1966	9 437	6 375	67,6	3 061	32,4
1. " 1967	9 537	6 927	72,6	2 610	27,4
2. " 1967	8 992	6 611	73,5	2 381	26,5
1. " 1968	9 535	7 350	77,1	2 185	22,9
2. " 1968	10 244	8 164	79,7	2 080	20,3
1. " 1969	10 569	8 664	82,0	1 905	18,0
2. " 1969	10 230	8 440	82,5	1 790	17,5

1) Einschl. November und Dezember 1963.

nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes oder des Bundesversorgungsgesetzes zur Kriegsofopferfürsorge erhält, nicht mehr anzuwenden ist. Ein sehr großer Teil der Sozialhilfe- und Kriegsofopferfürsorgeempfänger wird daher ab 1970 zu dem Kreis der Wohngeldempfänger stoßen. Das Verfahren, insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den Wohngeldbewilligungsstellen und den für die Durchführung der beiden eben genannten Gesetze zuständigen Behörden, ist geregelt. Laufende Leistungen für den Lebensunterhalt aus Sozialhilfe oder Kriegsofopferfürsorge zählen danach als Einkommen im Sinne des Wohngeldgesetzes, jedoch bleiben die Leistungen für die Unterkunft bei der Berechnung außer Betracht. Im allgemeinen ergeben sich für den einzelnen Empfänger keine Mehreinnahmen, die Vorteile dieser Regelung sind aber folgende:

- (1) Beim Wohngeld wird in weit geringerem Maße eigenes Vermögen angerechnet als bei der Sozialhilfe und der Kriegsofopferfürsorge.
- (2) Sozialhilfe und Kriegsofopferfürsorge können vom Unterhaltspflichtigen, von seinem Ehegatten, von Unterhaltsverpflichteten oder von den Erben des Empfängers unter bestimmten Voraussetzungen zurückgefordert werden, Wohngeld dagegen nicht.

Es sei schließlich noch angedeutet, daß voraussichtlich auch das Jahr 1971 sehr einschneidende Änderungen im Wohngeldrecht bringen wird. Wenn der Zeitplan der Bundesregierung eingehalten werden kann, soll am 1. Januar 1971 das Zweite Wohngeldgesetz, welches zur Zeit den parlamentarischen Instanzen im Entwurf vorliegt, in Kraft treten. Es wird wahrscheinlich den Kreis der Empfänger wiederum erheblich ausweiten. Vor allem ist daran gedacht, die Einkommensgrenzen des jetzigen Wohngeldgesetzes der Einkommensentwicklung anzupassen, die gestiegenen Wohnungsgrößen und die Mietenentwicklung zu berücksichtigen und das ganze Gesetz einfacher, klarer und übersichtlicher zu gestalten. Es soll jeder das eventuell für ihn in Frage kommende Wohngeld aus Tabellen ablesen können, wie etwa bei einer Lohn- oder Einkommensteuertabelle seine Steuerschuld.

2. Struktur der Empfänger

Das als Differenz zwischen zu berücksichtigender und tragbarer Miete errechnete Wohngeld wird ent-

scheidend von der Einkommenslage des Haushalts bestimmt. Familieneinkommen im Sinne des Wohngeldgesetzes ist dabei das Bruttoeinkommen aller Haushaltsmitglieder, abzüglich gewisser gesetzlich fixierter Teile, wie Kindergeld, Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz, Steuer- und Versicherungspauschale in Höhe von 15% oder der Freibetrag für Bezieher niedriger Einkommen. Es liegt auf der Hand, daß einkommensmäßig die Empfänger von Mietzuschuß eine völlig andere Struktur aufweisen als die Empfänger von Lastenzuschuß. Vermögensbildung in Form von Hausbesitz setzt von vornherein ein relativ hohes Familieneinkommen voraus, auch wenn es sich später herausstellt, daß Teile der Belastung durch Wohngeld in Form des Lastenzuschusses abgefangen werden müssen. Bei Mietzuschuß war abzusehen, daß ein steigendes Mietniveau in erster Linie soziale Härten für die einkommensschwachen Schichten der Rentner und Pensionäre bringen würde. Infolgedessen beträgt der Anteil dieser Personengruppe bei den Mietzuschußempfängern etwa 62%, bei den Lastenzuschußempfängern aber nur knapp 13%, ein Wert, welcher sich in den letzten Jahren ebenfalls in dieser Größenordnung hielt.

In der Gliederung nach dem monatlichen Familieneinkommen zeigt sich, daß die beiden unteren Gruppen (bis 200 DM und 201 bis 400 DM) bei beiden Arten von Zuschußempfängern zu etwa 90% aus Rentnern und Pensionären bestehen. Mit steigendem Einkommen gewinnen dann die Gruppen der Beamten, Angestellten und vor allem der Arbeiter zunehmende Bedeutung. Hier ist gegenüber dem 1. Januar 1969 eine doch recht bemerkenswerte Verschiebung eingetreten, denn die Arbeiter erhöhten in der Einkommensklasse von 1 001 DM und mehr ihren Anteil bei den Mietzuschußempfängern von 39,4 auf 44,7%, bei den Lastenzuschußempfängern sogar von 40,2 auf 52,6%. Entsprechend fielen die anderen sozialen Gruppen zurück. Inner-

halb der Gruppe der Arbeiter stiegen die Anteile in der Einkommensklasse von 1 001 DM und mehr bei den Empfängern von Mietzuschuß von 5,7 auf 10,7% und bei den Empfängern von Lastenzuschuß von 10,9 auf 19,3%. Bei beiden Zuschußarten war in der Angestellten-Gruppe, wie auch im vergangenen Jahr, die obere Einkommensklasse am stärksten von allen sozialen Gruppen besetzt (21,1 bzw. 49,3%, im Vorjahre 14,7 bzw. 38,4%). Es läßt sich jetzt schon absehen, daß mit steigendem Masseneinkommen und steigendem Mieten- bzw. Belastungsniveau diese Tendenz der zunehmenden Besetzung der oberen Einkommensklassen anhalten wird.

Naturgemäß besteht zwischen *Haushaltsgröße* und *Wohnungsgröße* insofern eine sehr enge positive Korrelation, als mit zunehmender Zahl der Haushaltsmitglieder die benutzte Wohnfläche steigt. Auch für Wohngeldempfänger ist dieser Tatbestand von Bedeutung, weil vom Gesetzgeber die zugestandene Wohnfläche von der Personenzahl des Haushalts abhängig gemacht worden ist. Übersteigt die Wohnfläche der benutzten Wohnung die zugestandene Wohnfläche, dann spielt der überschüssige Wohnraum bei der Berechnung des Wohngeldes keine Rolle mehr. Empfänger von Lastenzuschuß sind von dieser Regelung verhältnismäßig stärker betroffen als Empfänger von Mietzuschuß, weil, wie die Bautätigkeitsstatistik klar zeigt, Eigenheime im Durchschnitt erheblich mehr Wohnfläche haben als Mietwohnungen. 1969 entfielen z. B. im Landesdurchschnitt auf eine Wohnung im Ein- und Zweifamilienhaus in Gemeinden unter 2 000 Einwohner - es handelt sich hier fast ausschließlich um Eigenheime - 106,2 qm Wohnfläche, in einer Wohnung im Mehrfamilienhaus in Gemeinden über 100 000 Einwohner - es sind dies die typischen Mietwohnungen - waren es aber nur 64,9 qm. Das gezahlte Wohngeld vermindert also die effektive Belastung der Eigenheimbesitzer im Durch-

Wohngeldempfänger nach Familieneinkommen, sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Zuschußarten am 1. 1. 1970

Monatliches Familieneinkommen	Ins- gesamt	Selbständige			Beamte		Angestellte		Arbeiter		Rentner, Pensionäre		Sonstige Nicht- erwerbstätige	
	Anzahl			%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Empfänger von Mietzuschuß														
bis 200 DM	4 342	15	0,4	4	0,1	13	0,3	97	2,2	3 926	90,4	287	6,6	
201 " 400 "	11 579	75	0,6	9	0,1	74	0,6	319	2,8	10 699	92,4	403	3,5	
401 " 600 "	4 327	78	1,8	72	1,7	247	5,7	677	15,6	2 973	68,7	280	6,5	
601 " 800 "	4 457	41	0,9	697	15,6	639	14,4	2 363	53,0	600	13,5	117	2,6	
801 " 1 000 "	3 405	24	0,7	784	23,0	705	20,7	1 750	51,4	107	3,2	35	1,0	
1 001 und mehr "	1 402	16	1,2	265	18,9	449	32,0	627	44,7	38	2,7	7	0,5	
Insgesamt	29 512	249	0,8	1 831	6,2	2 127	7,2	5 833	19,8	18 343	62,2	1 129	3,8	
dagegen 1969	27 912	248	0,9	2 085	7,5	2 173	7,8	5 843	20,9	16 382	58,7	1 181	4,2	
Empfänger von Lastenzuschuß														
bis 200 DM	63	-	-	-	-	-	-	2	3,2	57	90,5	4	6,3	
201 " 400 "	166	4	2,4	-	-	-	-	7	4,2	146	88,0	9	5,4	
401 " 600 "	276	18	6,5	5	1,8	6	2,2	103	37,3	131	47,5	13	4,7	
601 " 800 "	1 081	23	2,1	42	3,9	80	7,4	860	79,6	67	6,2	9	0,8	
801 " 1 000 "	1 177	14	1,2	131	11,1	142	12,1	851	72,3	31	2,6	8	0,7	
1 001 und mehr "	827	9	1,1	134	16,2	222	26,9	435	52,6	25	3,0	2	0,2	
Insgesamt	3 590	68	1,9	312	8,7	450	12,5	2 258	62,9	457	12,7	45	1,3	
dagegen 1969	4 028	65	1,6	447	11,1	531	13,2	2 474	61,4	465	11,6	46	1,1	

Haushaltsgröße	Ins- gesamt 1)	Mit einer Wohnfläche von über ... bis ... qm							
		bis 40		40 - 80		80 - 120		über 120	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Empfänger von Mietzuschuß									
1 und 2 Personen	17 841	6 439	36,1	11 214	62,9	184	1,0	4	0,0
3 " 4 "	6 018	58	1,0	4 672	77,6	1 284	21,3	4	0,1
5 " 6 "	3 478	6	0,2	1 541	44,3	1 892	54,4	39	1,1
7 und mehr "	1 287	7	0,5	462	35,9	726	56,4	92	7,2
Insgesamt	28 624	6 510	22,7	17 889	62,5	4 086	14,3	139	0,5
dagegen 1969	27 176	6 255	23,0	16 941	62,3	3 858	14,2	122	0,5
Empfänger von Lastenzuschuß									
1 und 2 Personen	203	12	5,9	156	76,8	33	16,3	2	1,0
3 " 4 "	881	1	0,1	254	28,8	560	63,6	66	7,5
5 " 6 "	1 399	-	-	188	13,4	1 018	72,8	193	13,8
7 und mehr "	986	-	-	66	6,7	614	62,3	306	31,0
Insgesamt	3 469	13	0,4	664	19,1	2 225	64,1	567	16,4
dagegen 1969	3 898	16	0,4	805	20,7	2 510	64,4	567	14,5

1) Ohne Haushalte mit Sonderbedarf an Wohnfläche.

schnitt weniger als die Mietbelastung der Mieter, weil der unberücksichtigte Wohnraum hier stärker ins Gewicht fällt als dort. In der Tat benutzten am 1. Januar 1970 über 64% der Lastenzuschußempfänger eine Wohnung von 80 bis 120 qm Wohnfläche und 16% eine solche von über 120 qm, bei den Mietzuschußempfängern waren die entsprechenden Werte aber nur 14 und 1%. 62% der zuletzt genannten Personengruppe hatten nur eine Wohnung von 40 bis 80 qm zur Verfügung.

In der Gliederung nach der Haushaltsgröße ergaben sich selbstverständlich stärkere Differenzierungen. Die Großhaushalte mit 7 und mehr Personen bewohnten bei den Empfängern von Mietzuschuß zu 64%, bei den Empfängern von Lastenzuschuß zu 94% Wohnungen von über 80 qm Wohnfläche, andererseits konzentrierten sich die Haushalte mit einem oder mit zwei Haushaltsmitgliedern in der genannten Reihenfolge zu 99 und 83% auf Wohnungen unter 80 qm. Im Laufe der Jahre läßt sich auch hier der schon aus der Bautätigkeitsstatistik her bekannte Zug zur immer größeren Wohnung beobachten, denn die Besetzung der oberen Wohnungsgrößeklassen wird bei beiden Wohngeldempfängergruppen kontinuierlich stärker.

3. Begrenzungsfaktoren des Wohngeldes

Neben den vom Gesetzgeber allgemein festgelegten Einkommensgrenzen (9 000 DM für den Haushaltsvorstand und 1 800 DM für jedes weitere Familienmitglied), oberhalb deren eine Wohngeldgewährung nicht möglich ist, ganz gleich wie hoch Miete oder Belastung auch sein mögen, sind noch drei weitere Begrenzungsfaktoren in das Wohngeldgesetz eingebaut worden. Es sind dies die nach Ausstattung und Baualter der Wohnung sowie nach Gemeindegröße und Ortsklasse variierenden Miet- bzw. Belastungsobergrenzen, die zugestandene Wohnfläche und die Selbstbeteiligung oder Kappung. Alle drei Faktoren können allein oder in Kombination untereinander wirksam werden.

Nach wie vor ist die Gruppe der Wohngeldfälle, bei denen keiner der drei genannten Faktoren zur

Anwendung kommt, die stärkste. Sie machte bei den Mietzuschußempfängern 31,8 und bei den Lastenzuschußempfängern 30,7% aus. Als wichtigster Begrenzungsfaktor ist der Ansatz der benötigten Wohnfläche zu nennen. Er war mit 47,0% der Fälle besonders gravierend bei den Empfängern von Lastenzuschuß, weil, wie bereits erwähnt, die Wohnungen dieses Personenkreises im Durchschnitt größer und damit von der Wohnflächenbegrenzung mehr betroffen sind als die Mietwohnungen. Rechnet man noch die Fälle dazu, in welchen dieser Faktor mit einem oder beiden anderen oder mit beiden kombiniert auftritt, dann kommt man sogar auf 60%. Als Einzelfaktor folgte die Begrenzung des Wohngeldes durch die festgelegten Miet- bzw.

Wohngeldempfänger nach Art der Wohngeldbegrenzung und Belastungsgrad des Familieneinkommens am 1. 1. 1970

Art der Wohngeldbegrenzung	Ins- gesamt 1)	Mit einem Belastungsgrad von ... % des Einkommens über dem Tragbarkeitssatz			
		0 - 1	1 - 5	5 - 15	15 und mehr
Empfänger von Mietzuschuß					
Obergrenze	3 340	423	1 432	1 154	331
Benötigte Wohnfläche	7 769	983	3 109	2 957	720
Kappung	1 886	264	823	510	289
Obergrenze und Wohnfläche	1 652	21	368	857	406
Obergrenze, Wohnfläche und Kappung	1 081	-	40	349	692
Obergrenze und Kappung	1 080	12	180	425	463
Wohnfläche und Kappung	2 692	15	387	1 070	1 220
Keine Begrenzung	9 124	8 976	148	-	-
Insgesamt	28 624	10 694	6 487	7 322	4 121
Empfänger von Lastenzuschuß					
Obergrenze	257	40	130	83	4
Benötigte Wohnfläche	1 629	226	677	612	114
Kappung	29	12	15	2	-
Obergrenze und Wohnfläche	258	3	54	154	47
Obergrenze, Wohnfläche und Kappung	93	-	8	49	36
Obergrenze und Kappung	38	3	10	20	5
Wohnfläche und Kappung	99	3	22	32	42
Keine Begrenzung	1 066	1 050	10	4	2
Insgesamt	3 469	1 337	926	956	250

1) Ohne Sonderbedarf an Wohnfläche.

Wohngeldempfänger nach dem Verhältnis der Miete oder Belastung zur anrechenbaren Obergrenze
und nach dem Baualter der Wohnungen am 1. 1. 1970

Differenz zwischen Miete/Belastung je qm Wohnfläche und Obergrenze	Insgesamt		Empfänger von Mietzuschuß						Empfänger von Lastenzuschuß					
			zusammen		in Wohnungen mit Baualter				zusammen		in Wohnungen mit Baualter			
	Anzahl	%	Anzahl	%	bis Mitte 1948	%	nach Mitte 1948	%	Anzahl	%	bis Mitte 1948	%	nach Mitte 1948	%
Keine Überschreitung	25 075	75,8	22 149	75,1	5 878	65,4	16 271	79,2	2 926	81,5	118	61,5	2 808	82,6
unter 0,20 DM	2 352	7,1	2 139	7,2	907	10,1	1 232	6,0	213	5,9	19	9,9	194	5,7
0,20 - 0,40 "	1 769	5,3	1 604	5,4	701	7,8	903	4,4	165	4,6	22	11,4	143	4,2
0,40 - 0,60 "	1 196	3,6	1 090	3,7	509	5,7	581	2,8	106	2,9	15	7,8	91	2,7
0,60 - 0,80 "	836	2,5	740	2,5	337	3,8	403	2,0	96	2,7	15	7,8	81	2,4
0,80 - 1,00 "	600	1,8	547	1,9	228	2,5	319	1,6	53	1,5	3	1,6	50	1,5
1,00 - 1,50 "	745	2,3	714	2,4	288	3,2	426	2,1	31	0,9	-	-	31	0,9
1,50 - 2,00 "	267	0,8	267	0,9	82	0,9	185	0,9	-	-	-	-	-	-
2,00 und mehr "	262	0,8	262	0,9	50	0,6	212	1,0	-	-	-	-	-	-
I n s g e s a m t	33 102	100,0	29 512	100,0	8 980	100,0	20 532	100,0	3 590	100,0	192	100,0	3 398	100,0

Belastungsobergrenzen, während die Selbstbeteiligung (Kappung) eine nachgeordnete Bedeutung hatte. Die Fälle von Kombinationen mehrerer Faktoren blieben auch am 1. Januar 1970 wieder im Vergleich zur Gesamtmasse relativ unbedeutend, wenn man die einzelnen Kombinationsmöglichkeiten betrachtet, insgesamt machten sie aber doch bei den Mietzuschußempfängern 22,8 und bei den Lastenzuschußempfängern 14,1% aus.

Schlüsselt man die auf die einzelnen Faktoren oder Faktorenkombinationen entfallenden Wohngeldfälle unter dem Gesichtspunkt auf, um wieviel Prozentpunkte das Familieneinkommen über dem gesetzlichen Tragbarkeitssatz belastet war, so ergeben sich interessante Einblicke. Die Haushalte mit Mietzuschuß, bei denen die Obergrenzenbestimmungen als Begrenzungsfaktor in Anwendung kamen, hatten zu 43% einen Belastungsgrad des Familieneinkommens von 1 bis 5 Prozentpunkten über dem Tragbarkeitssatz und zu weiteren 3,5% einen solchen von 5 bis unter 15 Prozentpunkte. Ähnlich waren die Werte bei den Haushalten mit überschrittener Wohnfläche. Soweit beide Faktoren zusammentrafen, lagen die Belastungswerte über dem Tragbarkeitssatz zu 52% in der Gruppe 5 bis unter 15 und zu 25% bei 15 und mehr. Trafen schließlich alle drei Faktoren zusammen, so fielen fast zwei Drittel der Haushalte in die Gruppe mit dem höchsten Belastungsgrad von 15% und mehr. Umgekehrt hatten die Haushalte, bei denen keiner der drei Faktoren zutraf, fast alle nur eine Belastung von noch nicht einem Prozent ihres Einkommens über dem Tragbarkeitssatz.

Ähnliche Werte wiesen auch die Haushalte mit Lastenzuschuß aus. Allerdings gab es doch einige wesentliche Unterschiede. Beim Zusammenwirken der drei Faktoren fielen hier 53% der Haushalte in die Gruppe 5 bis unter 15 Prozentpunkte, bei den Mietzuschußempfängern waren es nur 32%. Trafen Obergrenzenbestimmungen und Selbstbeteiligung zusammen, dann hatten die Haushalte mit Mietzuschuß zu 43% eine Belastung von 15 und mehr Prozentpunkten über dem Tragbarkeitssatz, die Haushalte mit Lastenzuschuß dagegen nur zu 13%; dafür konzentrierten sich letztere in der Gruppe von 5 bis unter 15 Prozentpunkte (fast 53%).

4. Miete und Belastung im Verhältnis zur Obergrenze

Infolge des stark angestiegenen Miet- und Lastenniveaus verkleinerte sich die Gruppe der Wohngeldempfänger, bei denen die Miete bzw. die Belastung je qm Wohnfläche die gesetzlichen Obergrenzen nicht überschritt, um zwei Punkte auf 75,8%. Soweit es Bewohner von Neubauten waren, die nach Mitte 1948 errichtet worden sind, stellte sich bei den Empfängern von Mietzuschuß dieser Wert auf 79,2%, bei den Empfängern von Lastenzuschuß auf 82,6% (am 1. Januar 1969: 80,5 und 85,1%). In Altbauten (vor Mitte 1948 erbaut) lagen die Zahlenwerte sehr viel niedriger, nämlich bei 65,4 und 61,5% (am 1. Januar 1969: 69,2 und 65,8%). Es scheint, daß der Gesetzgeber bei der Festlegung der Obergrenzen für Altbauten vergleichsweise zu niedrige Ansätze genommen hat, weil er die Steigerung des Altbaumietenniveaus (und auch des Belastungsniveaus) nicht realistisch genug einschätzte. Er konnte dies auch nur schwer, denn im Gegensatz zu den - vor allem freifinanzierten - Neubauten, wo bereits realistische Anhaltspunkte über das Mieten- und Belastungsniveau vorlagen, war man bei den Altbauten weitgehend auf Annahmen angewiesen.

Soweit Mieten oder Belastungen je qm Wohnfläche die Obergrenzen überschritten, waren vor allem die Gruppen von unter 0,20 von 0,20 bis unter 0,40 und von 0,40 bis unter 0,60 DM besetzt. In der genannten Reihenfolge entfielen hierauf bei den Haushalten mit Mietzuschuß in Altbauten rund 29, 23 und 16%, in Neubauten 29, 21 und 14%. Für die Haushalte mit Lastenzuschuß in Altbauten stellten sich die Werte auf 26, 30 und 20%, in Neubauten auf 33, 24 und 15%. Auch die Gruppe 0,60 bis unter 0,80 DM war in der zuletzt genannten Kategorie von Wohngeldempfängern mit rund 14% noch relativ gut besetzt. Eine Differenz von über einer DM je qm Wohnfläche zwischen Miete bzw. Belastung und Obergrenze hatten 14% der Haushalte mit Mietzuschuß in Altbauten und 19% in Neubauten, die Verteilung bei den Haushalten mit Lastenzuschuß war 0,0 und 5,3%.

Hauptmieterhaushalte mit Mietzuschuß und Empfänger von Lastenzuschuß nach dem Einkommensbelastungsgrad vor und nach der Gewährung von Wohngeld am 1. 1. 1970

Belastungsgrad vor Gewährung des Wohngeldes von ... % des Einkommens	Ins-gesamt	Belastungsgrad nach Gewährung des Wohngeldes von ... % des Einkommens											
		5 - 7	7 - 10	10 - 12	12 - 14	14 - 16	16 - 18	18 - 20	20 - 22	22 - 24	24 - 26	26 - 30	30 und mehr
unter 8	57	54	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8 - 10	207	103	104	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 12	493	145	264	84	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12 - 14	970	171	350	317	132	-	-	-	-	-	-	-	-
14 - 16	1 957	195	375	415	637	335	-	-	-	-	-	-	-
16 - 18	3 147	176	368	384	766	1 085	368	-	-	-	-	-	-
18 - 20	3 688	140	341	317	736	973	984	197	-	-	-	-	-
20 - 22	3 652	147	278	285	632	827	808	544	131	-	-	-	-
22 - 24	3 299	104	205	282	528	632	592	513	370	73	-	-	-
24 - 26	2 834	51	259	174	399	515	474	372	348	205	37	-	-
26 - 30	4 214	78	345	149	533	606	634	577	520	391	256	125	-
30 und mehr	8 334	136	253	401	425	650	709	856	869	826	726	1 215	1 268
Insgesamt	32 852	1 500	3 145	2 808	4 788	5 623	4 569	3 059	2 238	1 495	1 019	1 340	1 268

5. Belastungsgrad des Einkommens

Je nach Größe und Einkommenslage der antragstellenden Haushalte mutet der Gesetzgeber durch § 10 des Wohngeldgesetzes den Berechtigten gewisse Belastungssätze des Einkommens durch Miete, Kapitaldienst und Bewirtschaftung zu, ehe ein Wohngeldanspruch effektiv wirksam wird. Diese Sätze liegen zwischen 5 und 22%. Eine Verteilung der Wohngeldempfänger nach diesen Sätzen vor und nach der Wohngeldgewährung zeigt deutlich, wie wirksam die Institution des Wohngeldes in der Praxis war und ist.

Je niedriger das Familieneinkommen war, um so mehr überstiegen die Empfängerhaushalte den gesetzlichen Tragbarkeitssatz. Bei den Haushalten mit Mietzuschuß war das Bild folgendes: Haushalte mit monatlichem Familieneinkommen unter 200 DM überschritten den Tragbarkeitssatz zu 62,0% um

5 und mehr Prozentpunkte, innerhalb der Einkommensgrenzen zwischen 600 und 800 DM waren es 22,1% und ab 1 000 DM nur noch 10,6%. Eine entsprechende positive Korrelation war zwischen Einkommensgruppe und Belastungsgrad von 0 bis 5 Prozentpunkten über dem Tragbarkeitssatz gegeben. Die Empfänger von Lastenzuschuß wiesen in der obigen Reihenfolge die Werte 85,7%, 33,1 und 28,9% aus.

Der durch die Miete oder den Kapitaldienst bzw. die Bewirtschaftung hervorgerufene Belastungsgrad des Familieneinkommens lag im Durchschnitt aller Wohngeldempfänger vor der Wohngeldgewährung immerhin zu rund einem Viertel bei 30% und mehr. Auf die zusammengefaßten Gruppen von 20 bis unter 30% kamen 42,5%, auf die Gruppen von 10 bis unter 20% immerhin noch 31,3%, und nur 0,8% gaben weniger als 10% ihres Einkommens für Miete oder Belastung aus. Nach der Wohngeldgewährung hatten sich die Gewichte bei gleicher Gruppengliederung entscheidend verschoben. Die Reihenfolge lautete jetzt 3,8 - 18,6 - 63,4 - 14,2%. Mit anderen Worten: Vor der Wohngeldgewährung hatten mehr als zwei Drittel der Haushalte über 20% ihres Familieneinkommens für Miete oder Belastung aufzubringen, nach der Wohngeldgewährung waren es aber über drei Viertel, welche unter 20% kamen. Besonders deutlich läßt sich die Wirkung dieser auf die Vermeidung unerträglicher sozialer Härten gerichteten Maßnahme in den oberen Belastungsklassen zeigen: Von den 25,4% der Empfängerhaushalte von Wohngeld mit einer Belastung von mehr als 30% ihres Einkommens fielen nach der Wohngeldgewährung gut zwei Fünftel in die Belastungsgruppe unter 20% und immerhin jeder Zwanzigste in die Gruppe unter 10%. Zehn von hundert der ebenfalls einer sehr hohen Belastung in Höhe von 26 bis unter 30% des Einkommens ausgesetzten Haushalte (12,8% der Empfänger) konnten durch die Wohngeldgewährung unter die 10%-Grenze, reichlich zwei Drittel unter die 20%-Grenze gedrückt werden.

Dr. P. Baron

Wohngeldempfänger nach Einkommensgruppen und Belastungsgrad des Familieneinkommens am 1. 1. 1970

Monatliches Familieneinkommen	Ins- gesamt	Mit einem Belastungsgrad von ... % des Einkommens über dem Tragbarkeitssatz			
		0 - 1	1 - 5	5 - 15	15 und mehr
Empfänger von Mietzuschuß					
bis 200 DM	4 342	984	664	1 021	1 673
201 - 300 "	6 967	1 985	1 441	2 251	1 290
301 - 400 "	4 612	1 433	1 024	1 475	680
401 - 600 "	4 327	1 364	1 025	1 448	490
601 - 800 "	4 457	2 283	1 190	869	115
801 - 1 000 "	3 405	2 050	955	388	12
1 001 und mehr "	1 402	846	408	140	8
Insgesamt	29 512	10 945	6 707	7 592	4 268
Empfänger von Lastenzuschuß					
bis 200 DM	63	6	3	13	41
201 - 300 "	65	8	2	29	26
301 - 400 "	101	25	18	21	37
401 - 600 "	276	98	62	84	32
601 - 800 "	1 081	448	275	293	65
801 - 1 000 "	1 177	474	332	328	43
1 001 und mehr "	827	316	272	219	20
Insgesamt	3 590	1 375	964	987	264

Wanderungen im Jahre 1969

Unter Wanderungen wird in der Statistik die Gesamtheit der Ortsveränderungen verstanden, die mit dem Verlassen des bisherigen Wohnortes (Wegzugsort) und der Wahl eines neuen Wohnortes (Zuzugsort) entstehen. Diese sogenannte räumliche Bevölkerungsbewegung bildet zusammen mit der natürlichen Bevölkerungsveränderung durch Geburten und Sterbefälle die gesamte Bevölkerungsbewegung.

Die Feststellung der individuellen Wanderungsfälle basiert auf der Auswertung der polizeilichen Meldescheine, die bei jedem Wohnungswechsel nach den gesetzlichen Vorschriften über die Meldepflicht anfallen. Umzüge innerhalb der Gemeinde bleiben unberücksichtigt. Je nachdem ob eine Wanderung über die Grenze des betrachteten Gebietes führt oder sich innerhalb dieser vollzieht, unterscheidet man die Außenwanderung von der Binnenwanderung. Das Wanderungsvolumen (Gesamtwanderung) wird bestimmt durch die Summe der Zu- und Wegzüge über die Landesgrenzen und der Umzüge von einer Gemeinde in eine andere des gleichen Landes. Aufschluß darüber, ob ein Wanderungsgewinn oder ein entsprechender Verlust zu verzeichnen ist, gibt die Wanderungsbilanz, die aus der Aufrechnung der Zahlen hervorgeht und demnach positiv oder negativ sein kann. Bezieht man das Wanderungsvolumen oder den Wanderungssaldo auf die Bevölkerung eines Gebietes, können sogenannte Mobilitätsziffern ermittelt werden, die den Intensitätsgrad der „Beweglichkeit“ (Mobilität) innerhalb eines Gebietes während des untersuchten Zeitraumes widerspiegeln.

Wanderungen wirken sich nicht nur rein quantitativ auf den Umfang der Bevölkerung aus, sondern sie nehmen auch unmittelbar Einfluß auf ihre

Struktur, das heißt ihre Zusammensetzung nach Alter, Geschlecht, Konfession, Beruf und anderen demographischen Merkmalen.

Der Betrachtung des Bevölkerungsaustausches auf regionaler Ebene liegen die Verwaltungsgrenzen vom 1. Januar 1970 zugrunde. Berücksichtigung fanden daher das Dritte bis Sechste Verwaltungsvereinfachungsgesetz, die mit Wirkung vom 7. Juni 1969 eine Fülle von Gebietsänderungen der Landkreise und kreisfreien Städte mit sich brachten.¹⁾

1. Gesamtüberblick

Die Gesamtzahl der Wanderungsfälle betrug im Berichtsjahr 357 580. Damit wurde das Wanderungsvolumen des Vorjahres um 9 584 übertroffen. Diese Ausweitung des Volumens ist um mehr als 50% stärker als die des Vorjahres (6 000) gegenüber 1967.

Der Unterschied in der Zusammensetzung des gesamten Bevölkerungsaustausches in den beiden Jahren besteht darin, daß 1968 zunehmende Wohnsitzveränderungen innerhalb des Landes die Höhe der Gesamtzahl an Wanderungsfällen bestimmten, während der Zuwachs 1969 durch ein erhebliches Ansteigen der grenzüberschreitenden Wanderungen gekennzeichnet ist. Die gesamten Wanderungsfälle über die Landesgrenzen betrugen im Berichtsjahr 229 463 (1968: 213 900). Dabei standen 123 325 Zuzügen 106 138 Fortzüge gegenüber (1968: 109 100 zu 104 800). Der Gewinnssaldo betrug 1969 somit 17 187 Personen (1968: 4 300). Innerhalb des Landes wurden 128 117 Wanderungsfälle gegenüber 134 000 im Jahr zuvor registriert.

Die Wohnbevölkerung des Landes stieg 1969 um fast 27 000 Personen von 3 644 511 auf 3 671 275, woran der Geburtenüberschuß in Höhe von 9 558 in erheblich geringerem Maße partizipierte als 1968 (14 300). Der Wanderungsgewinn von rund 17 200 trug daher wesentlich zur Zunahme der rheinland-pfälzischen Wohnbevölkerung im Berichtsjahr bei: knapp zwei Drittel der Zunahme entfallen auf den positiven Wanderungssaldo. Aus den Mobilitätsziffern lassen sich folgende Veränderungen erkennen: Die Gesamtmobilität war, auf 1 000 Personen der Wohnbevölkerung bezogen, um 1,7 Punkte höher als im Vorjahr. Dagegen sank die Anzahl derjenigen Personen, die ihren Wohnsitz innerhalb des Landes veränderten, um 2,0 Punkte. 34 von 1 000 Einwohnern (+ 3,7) kamen über die Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz, 29 (+ 0,2) verließen das Land.

Der Anteil der männlichen Bevölkerung an den Wanderungen ist von jeher größer als derjenige der Frauen. Im Jahre 1969 waren 57% aller Wandernenden männlichen, 43% weiblichen Geschlechts. Eine noch größere Differenz ist aus den geschlechtsspezifischen Mobilitätsziffern ersichtlich, die man dadurch erhält, daß man die beiden Gruppen auf

Wanderungen 1960 - 1969

Jahr	Wanderungen innerhalb des Landes ¹⁾	Wanderungen über die Landesgrenzen		
		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo
Insgesamt				
1960	114 880	109 356	101 410	7 946
1961	115 551	114 041	100 879	13 162
1962	110 891	109 205	100 109	9 096
1963	117 196	111 492	103 148	8 344
1964	122 621	116 235	109 092	7 143
1965	120 209	121 000	108 883	12 117
1966	128 407	123 165	116 185	6 980
1967	127 225	103 730	111 019	- 7 289
1968	134 060	109 108	104 828	4 280
1969	128 117	123 325	106 138	17 187
Auf 1 000 Einwohner				
1960	33,9	32,2	29,9	2,3
1961	33,8	33,3	29,5	3,8
1962	32,1	31,6	29,0	2,6
1963	33,5	31,9	29,5	2,4
1964	34,7	32,9	30,9	2,0
1965	33,7	33,9	30,5	3,4
1966	35,6	34,2	32,3	1,9
1967	35,1	28,7	30,7	- 2,0
1968	36,9	30,0	28,8	1,2
1969	35,0	33,7	29,0	4,7

1) Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

1) Vgl. M. Unglaub: Die Neugliederung der Verwaltungsgebiete. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 22, Heft 6, Juni 1969.

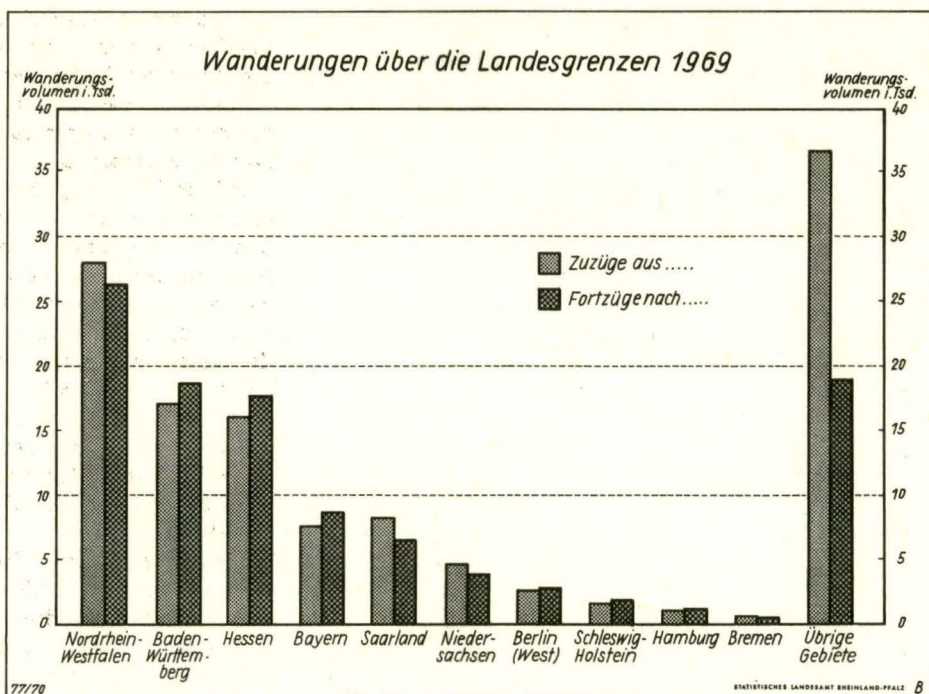
jeweils 1 000 Frauen bzw. Männer der Wohnbevölkerung bezieht, und die demnach den Überschuß der weiblichen Personen in der Bevölkerung berücksichtigen. Für 1969 ergaben sich hiernach 117 Wohnsitzveränderungen für die männliche und 80 für die weibliche Bevölkerung je 1 000.

Auch die Tatsache, daß die Intensität der Wanderungen mit der Zunahme der Entfernungen abnimmt, beweist sich an der weiblichen Bevölkerung stärker. An den Wanderungsfällen zwischen Rheinland-Pfalz und den übrigen Bundesländern waren Frauen lediglich zu 42,3% beteiligt (nach und von dem Ausland sogar nur zu 33,5%), an den Wohnsitzveränderungen innerhalb des Landes dagegen zu 48,3%. Nur rund 25% des Wanderungsgewinnes für Rheinland-Pfalz entfielen infolgedessen auf das weibliche Geschlecht.

Eine Aufgliederung der grenzüberschreitenden Wanderungen nach Herkunfts- und Zielländern, getrennt nach Erwerbs- und Nichterwerbspersonen, zeigt, daß der Zuzug von 12 213 Erwerbspersonen auch 1969 wieder eindeutig vom Austausch mit dem Ausland bestimmt wird. Verändert haben sich gegenüber dem Vorjahr die Relationen durch eine Verlagerung der Anteile am Gesamtgewinn. 1968 ging etwa die Hälfte der durch Zuzug gewonnenen Personenzahl durch Fortzüge von Erwerbspersonen in das übrige Bundesgebiet (einschließlich West-Berlin) verloren, während der entsprechende Verlust im Berichtszeitraum nur rund 12% beträgt. Ähnlich ist die Verschiebung zwischen dem Anteil der Erwerbs- und Nichterwerbspersonen. Diese Gegenüberstellung zeigte im Vorjahr Anteile von etwa je 50%, während sich 1969 der Gesamtgewinn aus den Wanderungen über die Landesgrenzen in Höhe von 17 187 aus rund 12 200 Erwerbspersonen, das sind 71%, und 5 000 Nichterwerbspersonen zusammensetzt.

2. Wanderungen über die Landesgrenzen

Der Anstieg des Wanderungsvolumens wurde im Berichtsjahr eindeutig durch den Bevölkerungsaustausch über die Landesgrenzen, namentlich die Zuzüge, bestimmt, während die Anzahl der Wohnsitzveränderungen innerhalb des Landes abnehmende Tendenz zeigte. Von den insgesamt 123 325 zugezogenen Personen kamen 86 779 (70,4%) aus den Bundesländern einschließlich Berlin-West, 36 546 (29,6%) aus Gebieten jenseits der Bundesgrenzen. Von den 106 138 Menschen, die das Land im Berichtszeitraum verließen, gingen 87 233 in das übrige Bundesgebiet, 18 905 wanderten in Ge-



biete jenseits der Bundesgrenzen. Damit standen 82,2% oder etwa vier Fünftel einem Anteil von 17,8% gegenüber.

Die Fälle von Wohnsitzveränderungen über die Landesgrenzen nahmen im Vergleich zum Vorjahr bei den Zuzügen von 109 100 auf 123 325 zu, bei den Fortzügen von 104 800 auf 106 138. Nur geringfügig stieg dabei der Austausch mit den übrigen Bundesländern, nämlich von 171 828 auf 174 012. Die Wanderungsbewegung mit dem Ausland expandierte dagegen insgesamt um rund 30%. 35 533 Zuzüge und 18 784 Fortzüge wurden registriert gegenüber 23 309 bzw. 17 741 im Jahr zuvor. Erneut negativ war die Wanderungsbilanz mit den übrigen Bundesländern; sie verbesserte sich aber von — 2 048 auf — 454.

Die Intensität der Wanderungen nimmt naturgemäß mit zunehmender Entfernung ab, so daß die stärksten Ströme im Austausch mit den unmittelbar angrenzenden Bundesgebieten entstehen. Der Verbesserung des negativen Wanderungssaldos mit den übrigen Bundesländern entsprechend, zogen im Berichtsjahr nur noch 1 640 (1968: 3 209) Menschen mehr nach Hessen als von dort nach Rheinland-Pfalz zuwanderten. Annähernd die gleiche Zahl verlor das Land an Baden-Württemberg mit 1 605 (1968: 1 773) Personen. Das Saarland und Nordrhein-Westfalen hatten im Austausch mit Rheinland-Pfalz einen Verlust von insgesamt 3 434 Menschen, annähernd die gleiche Zahl wie im Vorjahr. Von den insgesamt über die Landesgrenzen zugezogenen Personen kam mehr als die Hälfte aus den unmittelbar benachbarten Ländern Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland; rund zwei Drittel aller Personen, die das Land verließen, wählten ihren Wohnsitz in einem dieser angrenzenden Bundesländer. Mit zunehmender Entfernung geringere Wanderungsgewinne erbrachte der Austausch mit den übrigen Bundesländern. Den

Wanderungen über die Landesgrenzen
nach Herkunfts- und Zielländern 1969

Herkunfts- bzw. Zielland	Zu- züge	Fort- züge	Wande- rungs- saldo
Bundesgebiet	86 779	87 233	- 454
Schleswig-Holstein	1 660	1 847	- 187
Hamburg	1 001	1 039	- 38
Niedersachsen	4 444	3 854	590
Bremen	557	450	107
Nordrhein-Westfalen	27 883	26 151	1 732
Hessen	16 041	17 681	- 1 640
Baden-Württemberg	16 938	18 543	- 1 605
Bayern	7 505	8 576	- 1 071
Saarland	8 048	6 346	1 702
Berlin (West)	2 702	2 746	- 44
Übrige Gebiete	36 546	18 905	17 641
Berlin (Ost)	45	6	39
Sowjetische Besatzungszone	635	101	534
Ostgebiete des Deutschen Reiches z. Z. unter fremder Verwaltung (Gebietsstand 31. 12. 1937)	283	12	271
Ausland	35 533	18 784	16 749
Europäisches	31 684	15 039	16 645
Außereuropäisches	3 846	3 739	107
Unbekanntes	3	6	- 3
Ohne Angabe u. ohne festen Wohnsitz	50	2	48
Insgesamt	123 325	106 138	17 187

stärksten Anteil gewann Bayern in Höhe von 1 071, an Schleswig-Holstein entfiel per Saldo die Zahl von 187 Personen, Niedersachsen verlor 590 Personen, Bremen 107, nach Hamburg zogen 38 Personen mehr als von dort zuzogen, zugunsten von Berlin verlor Rheinland-Pfalz 44 Personen. Insgesamt betrachtet, ist der Verlust des Berichtsjahres von — 454, der sich per Saldo zwischen Rheinland-Pfalz und dem übrigen Bundesgebiet ergab, noch unter den Stand von 1967 (— 749) gesunken.

Die Wanderungen zwischen Rheinland-Pfalz und Berlin-Ost, der SBZ und den deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung nahmen, zu Lasten der genannten Gebiete, geringfügig zu. Bedingt durch weitere Ausreisegenehmigungen für Personen im Rentenalter aus der SBZ standen 963 Zuzügen 119 Fortzüge gegenüber (1968: 854 und 136). Im allgemeinen zeigt die Entwicklung dieser Wanderungen seit Errichtung der Berliner Mauer im Jahre 1961 ständig rückläufige Tendenz.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß nicht die Wohnsitzveränderungen aus der Binnenwanderung die Zunahme des Wanderungsvolumens im Berichtsjahr erbrachten, sondern daß die Wanderungen über die Grenzen von Rheinland-Pfalz den Anstieg bewirkten. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Wanderungen lag der Schwerpunkt dabei im Austausch mit dem europäischen Ausland, der einen Zuzugsüberschuß von 16 645 zur Folge hatte. Dieser außergewöhnliche Gewinn ist auf die anhaltende Hochkonjunktur zurückzuführen, die infolge der angespannten Situation am inländischen Arbeitsmarkt den verstärkten Zuzug aus den traditionellen Gastarbeiterländern bewirkte. Die Entwicklung während der vergangenen zehn Jahre läßt den Zusammenhang der Wanderungsbilanzen mit dem ökonomischen Geschehen erkennen. Angebot und Nachfrage am inländischen Arbeitsmarkt bestimmten die Höhe der ein- bzw. ausströmenden Wanderungen.

Dem verstärkten Zuzug in einer Phase konjunkturellen Aufschwungs von etwa 1960 bis 1965 folgte die Abschwächung der Konjunktur im Jahre 1966 bis zum Rezessionsjahr 1967 mit einem Wanderungsverlust gegenüber den Gastarbeiterländern. Der zu Anfang des Jahres 1968 einsetzende Wirtschaftsaufschwung bewirkte die Rückkehr vieler Gastarbeiter und erbrachte im Berichtsjahr durch den Bevölkerungsaustausch mit dem europäischen Ausland den außergewöhnlichen Gewinn von 16 645 Personen (zuzüglich 104 aus dem außereuropäischen Ausland). Neun von zehn der 35 500 ausländischen Zuwanderer kamen aus europäischen Ländern, rund 80% der 18 800 Fortzüge führten ins europäische, 20% ins außereuropäische Ausland. Dem positiven Saldo mit den außereuropäischen Ländern in Höhe von 104 stand im Vorjahr eine negative Bilanz von 540 gegenüber. Im Wanderungsaustausch mit den europäischen Ländern erzielte Rheinland-Pfalz den höchsten Überschuß erneut mit der Türkei, aus der per Saldo 4 261 Personen zuwanderten (1968: 1 396). An die zweite Stelle schob sich Jugoslawien mit 3 922 (1968 mit 1 223 an dritter Stelle), gefolgt von Italien mit 2 078 (1968: 1 319) und Griechenland mit 1 820 (1968: 479). Von Spanien kamen 1 440 Personen mehr als nach Spanien zogen; damit rückte Spanien, das 1968 mit nur 165 Personen im Vergleich zu früheren Jahren weit zurückgefallen war, wieder an die fünfte Stelle. Es folgen auf den nächsten Rängen die Tschechoslowakei mit 811, Frankreich mit 612, Österreich mit 442 und die Benelux-Staaten mit 333 Zuwanderern mehr als Abwanderer.

3. Wanderungsbilanz der Verwaltungsbezirke und Gemeindegrößenklassen

Der gesamte regionale Bevölkerungsaustausch wird von dem Wanderungsgefälle bestimmt, das zwischen Gebieten mit noch geringer Wirtschaftskraft und verkehrsgünstig gelegenen Gebieten mit einem mannigfachen Angebot industrieller Arbeitsplätze verläuft. Die hieraus resultierende Verbesserung der rheinland-pfälzischen Wanderungsbilanz im Berichtszeitraum erbrachte zum überwiegenden Teil der positive Saldo von Rheinhessen-Pfalz in Höhe von 13 345. Außerdem buchte der Regierungsbezirk Koblenz einen Gewinn von 6 258 Personen; dagegen mußte für den Bezirk Trier wiederum ein Abwanderungsüberschuß registriert werden, der mit 2 416 den Verlust des Vorjahres (1 807) noch übertraf. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß sich Rheinhessen-Pfalz (rund 70%) und der Regierungsbezirk Koblenz (30%) in den gesamten Zuwanderungsüberschuß teilen, während im Vorjahr dieser nahezu einseitig auf Rheinhessen-Pfalz entfiel.

Auch die Verteilung des Wanderungsüberschusses von Rheinland-Pfalz auf die kreisfreien Städte und Landkreise unterscheidet sich wesentlich von dem entsprechenden Ergebnis des Vorjahres. Während 1968 der Überschuß einseitig auf die Landkreise entfiel und die Städte ein Defizit aufzuweisen hatten, verringerte sich während des Berichtszeitraumes diese Differenz erheblich. Wohnsitzveränderungen innerhalb des Landes (Landes-Binnenwan-

Wanderungen nach Verwaltungsbezirken 1969

Verwaltungsbezirk	Wanderungen innerhalb des Kreises 1)	Wanderungen über die Kreisgrenzen									Wanderungs- saldo	auf 1 000 Einw.
		Zuzüge				Fortzüge						
		ins- gesamt	aus anderen Kreisen des Landes	aus anderen Bundes- ländern	aus übrigen Ge- bieten	ins- gesamt	nach anderen Kreisen des Landes	nach anderen Bundes- ländern	nach übrigen Ge- bieten			
Anzahl												
Kreisfreie Stadt Koblenz	-	9 157	4 731	3 778	648	8 616	4 619	3 643	354	541	5,1	
Landkreise												
Ahrweiler	1 285	5 598	1 308	3 435	855	4 022	1 032	2 599	391	1 576	16,5	
Altenkirchen (Ww.)	2 483	6 217	1 004	3 811	1 402	4 936	1 070	3 473	393	1 281	10,6	
Bad Kreuznach	3 161	6 656	2 588	2 867	1 201	6 183	2 515	3 136	532	473	3,2	
Bad Kreuznach, St.	-	3 486	1 698	1 237	551	3 201	1 713	1 239	249	285	6,7	
Birkenfeld	1 614	3 916	1 449	2 065	402	4 430	1 498	2 541	391	- 514	- 5,4	
Idar-Oberstein, St.	-	2 174	1 002	965	207	2 191	935	1 111	145	- 17	- 0,4	
Cochem-Zell	830	2 437	1 022	1 227	188	3 183	1 398	1 679	106	- 746	- 11,0	
Koblenz	1 366	6 732	3 683	2 044	1 005	5 796	3 388	1 965	443	936	9,6	
Mayen	2 366	4 511	2 066	2 016	429	4 744	2 259	2 225	260	- 233	- 1,9	
Andernach, St.	-	1 536	969	458	109	1 536	930	547	59	-	-	
Neuwied	3 542	9 147	2 756	4 978	1 413	7 609	2 693	4 277	639	1 538	10,3	
Neuwied, St.	-	2 372	1 279	738	355	2 270	1 294	801	175	102	3,3	
Oberwesterwaldkreis	1 057	3 839	1 092	2 404	343	3 210	1 086	1 940	184	629	8,2	
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 695	4 869	1 873	2 103	893	4 769	2 074	2 268	427	100	1,1	
Rhein-Lahn-Kreis	2 144	5 398	1 662	2 943	793	5 669	1 961	3 332	376	- 271	- 2,3	
Lahnstein, St.	-	1 208	678	400	130	1 366	835	454	77	- 158	- 7,8	
Unterwesterwaldkreis	1 618	4 888	1 851	1 940	1 097	3 940	1 670	1 751	519	948	11,2	
Reg. Bez. Koblenz	23 161	73 365	27 085	35 611	10 669	67 107	27 263	34 829	5 015	6 258	4,6	
Kreisfreie Stadt Trier	-	5 403	2 570	2 174	659	6 482	3 030	2 952	500	- 1 079	- 10,4	
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	1 714	4 310	2 270	1 815	225	4 980	2 589	2 223	168	- 670	- 6,2	
Bitburg	1 151	2 060	1 025	811	224	2 355	1 117	1 031	207	- 295	- 5,2	
Daun	680	2 213	767	1 318	128	2 165	686	1 417	62	48	1,1	
Prüm	638	1 446	562	800	84	1 721	753	921	47	- 275	- 7,0	
Trier-Saarburg	1 532	4 603	2 443	1 791	369	4 748	2 388	2 188	172	- 145	- 1,2	
Reg. Bez. Trier	5 715	20 035	9 637	8 709	1 689	22 451	10 563	10 732	1 156	- 2 416	- 5,1	
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	-	3 752	1 475	1 044	1 233	2 513	1 162	915	436	1 239	31,0	
Kaiserslautern	-	7 114	3 041	2 283	1 790	7 304	3 423	2 874	1 007	- 190	- 1,9	
Landau i. d. Pfalz	-	2 963	1 725	913	325	2 635	1 368	994	273	328	10,2	
Ludwigshafen a. Rhein	-	15 638	3 460	6 134	6 044	14 184	4 915	6 340	2 929	1 454	8,4	
Mainz	-	17 223	5 371	7 942	3 910	12 635	3 737	6 524	2 374	4 588	26,3	
Neustadt a. d. Weinstr.	-	3 522	1 676	1 192	654	3 155	1 725	1 241	189	367	7,2	
Pirmasens	-	2 770	1 390	912	468	3 189	1 582	1 232	375	- 419	- 7,4	
Speyer	-	3 276	1 458	1 249	569	2 687	1 185	1 204	298	589	14,0	
Worms	-	3 907	1 660	1 474	773	3 715	1 393	1 857	465	192	2,5	
Zweibrücken	-	2 153	828	947	378	2 364	863	1 178	323	- 211	- 6,4	
Landkreise												
Alzey-Worms	1 340	3 318	1 763	1 145	410	3 569	2 133	1 307	129	- 251	- 2,6	
Bad Dürkheim	1 694	6 324	3 174	1 892	1 258	5 699	3 037	2 070	592	625	5,4	
Donnersbergkreis	1 196	3 272	1 849	910	513	2 978	1 832	928	218	294	4,4	
Germersheim	1 501	6 568	1 760	3 622	1 186	4 304	1 409	2 472	423	2 264	24,8	
Kaiserslautern	1 347	4 532	2 515	1 417	600	4 905	2 759	1 604	542	- 373	- 4,1	
Kusel	1 245	2 787	1 409	1 223	155	3 173	1 663	1 386	124	- 386	- 4,7	
Landau-Bad Bergzabern	1 625	5 276	3 136	1 492	648	5 236	3 311	1 658	267	40	0,4	
Ludwigshafen	1 051	7 996	4 485	2 154	1 357	5 903	3 519	1 623	761	2 093	17,9	
Mainz-Bingen	2 175	7 814	3 352	3 125	1 337	6 836	3 365	2 766	705	978	6,5	
Bingen, St.	-	1 593	732	537	324	1 503	797	568	138	90	3,7	
Pirmasens	894	3 418	1 969	949	500	3 237	1 956	1 035	246	181	2,2	
Zweibrücken	242	1 233	713	440	80	1 290	768	464	58	- 57	- 1,8	
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	14 310	114 856	48 209	42 459	24 188	101 511	47 105	41 672	12 734	13 345	7,4	
Rheinland-Pfalz	43 186	208 256	84 931	86 779	36 546	191 069	84 931	87 233	18 905	17 187	4,7	
Kreisfreie Städte	-	76 878	29 385	30 042	17 451	69 479	29 002	30 954	9 523	7 399	7,5	
Landkreise	43 186	131 378	55 546	56 737	19 095	121 590	55 929	56 279	9 382	9 788	3,7	

1) Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

derung) brachten diesmal den Landkreisen ein Defizit in Höhe von 383. Im einzelnen stand dem Zuzugsüberschuß in den Landkreisen von 9 788 oder rund 60% ein Wanderungsgewinn der kreisfreien Städte von 7 399 gegenüber.

Im Berichtsjahr registrierten einzelne Landkreise wieder unterschiedliche Verluste, die in ihrer Höhe teilweise von denen des Vorjahres abweichen. Insgesamt betrachtet sind auch 1969 die gleichen Landkreise wie in den Jahren vorher von einem Wanderungsdefizit betroffen. Die relativ meisten Abwanderungen mußte wieder der vorwiegend landwirtschaftlich strukturierte Landkreis Cochem-Zell hinnehmen. Weitere bemerkenswerte Verluste verzeichneten aber auch die übrigen Kreise, die seit Jahren zu den Abwanderungsgebieten gehören. Im einzelnen wurden folgende Veränderungen (Wanderungssaldo bezogen auf 1 000 der mittleren Bevölkerung) festgestellt: Cochem-Zell — 11,0, Prüm — 7,0, Bernkastel-Wittlich — 6,2 (1968: Bernkastel — 7,3, Wittlich + 10,6); Birkenfeld — 5,4 (1968: — 8,3), Bitburg — 5,2, Kusel — 4,7 (1968: — 8,0). Daun konnte mit einem geringfügigen Überschuß von + 1,1 die Bilanz des vorangegangenen Jahres (— 9,5) erheblich verbessern.

Seit Jahren bevorzugte Zuwanderungsgebiete übten auch im Berichtsjahr wieder die stärkste Anziehungskraft aus. Darunter fallen die Landkreise Germersheim (+ 24,8), Ludwigshafen (+ 17,9), Ahrweiler (+ 16,5), Unterwesterwaldkreis (+ 11,2), Altenkirchen (+ 10,6), Neuwied (+ 10,3), Koblenz (+ 9,6), Oberwesterwaldkreis (+ 8,2) und Mainz-Bingen (+ 6,5).

Für die kreisfreien Städte verlief das Jahr 1969 erheblich günstiger als das Vorjahr. Die relativ höchsten Gewinne verbuchten Frankenthal mit + 31,0 (1968: + 6,9), Mainz mit + 26,3 (1968: + 10,8), Speyer mit + 14,0 (+ 1,4) und Landau mit + 10,2 (+ 4,3) vor Ludwigshafen (+ 8,4), Neustadt (+ 7,2), Koblenz (+ 5,1) und Worms (+ 2,5), die 1968 Wanderungsverluste in Kauf nehmen mußten. Negative Salden bei einem Verringern des Wanderungsverlustes wiesen auf Trier (— 10,4), Pirmasens (— 7,4), Zweibrücken (— 6,4) und Kaiserslautern (— 1,9).

Abschließend soll die Wanderungsbewegung nach Gemeindegrößenklassen untersucht werden. Von dem festgestellten Wanderungsgewinn für Rheinland-Pfalz in Höhe von 17 187 Personen profitierten sämtliche Größenklassen in ihrer Gesamtheit ab 2 000 Einwohnern. Die in der Gruppe unter 2 000 zusammengefaßten Gemeinden mußten zugunsten der größeren Gemeinden einen Abwanderungs-

Wanderungen nach Gemeindegrößenklassen 1969

Gemeindegrößenklasse	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo
Anzahl			
unter 2 000 Einwohner	63 726	63 839	- 113
2 000 - 5 000 "	38 379	35 302	3 077
5 000 - 20 000 "	58 073	52 066	6 007
20 000 - 100 000 "	43 843	41 131	2 712
100 000 und mehr "	47 421	41 917	5 504
Insgesamt	251 442	234 255	17 187
Auf 1 000 Einwohner			
unter 2 000 Einwohner	52,0	52,1	- 0,1
2 000 - 5 000 "	69,2	63,7	5,5
5 000 - 20 000 "	85,1	76,3	8,8
20 000 - 100 000 "	68,6	64,3	4,2
100 000 und mehr "	85,0	75,1	9,9
Insgesamt	68,7	64,0	4,7

verlust in Höhe von 113 Personen hinnehmen. Von den Mittelstädten (20 000 bis unter 100 000 Einwohner) konnte ein Überschuß von 2 712 Zuwanderern verbucht werden. Mit einem positiven Saldo von 6 007 erreichten die Kleinstädte (5 000 bis 20 000 Einwohner) einen Anteil von 35% am Gesamtgewinn von Rheinland-Pfalz. Aufschlußreicher als die absoluten Werte sind die Ergebnisse der Gegenüberstellung von Fort- und Zuzügen in Relation zu je 1 000 der Wohnbevölkerung. An der Spitze liegen die fünf Großstädte Ludwigshafen, Mainz, Koblenz, Kaiserslautern und Trier mit + 9,9 vor den Kleinstädten (5 000 bis 20 000 Einwohner) mit + 8,8. An dritter Stelle folgen die Landstädte (2 000 bis 5 000 Einwohner) mit + 5,5 vor den Mittelstädten (20 000 bis 100 000 Einwohner) mit + 4,2.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1969

Innerhalb der gesamten Bevölkerungsstatistik unterscheidet man zwischen der Statistik des Bevölkerungsstandes und der Bevölkerungsbewegung. Während erstere zu einem gegebenen Zeitpunkt eine statische Erfassung der gesamten Bevölkerungsmasse vornimmt (Volkszählung), werden durch die Statistik der Bevölkerungsbewegung die ständigen Veränderungen der Bevölkerung in Gestalt von Geburten und Sterbefällen, Eheschließungen und Ehelösungen sowie Wohnsitzveränderungen erfaßt. Eheschließungen und Ehelösungen werden dabei, obwohl sie den Bestand der Bevölkerung nicht unmittelbar verändern, als soziale Elemente der Entwicklung von jeher als Teil der Statistik der Bevölkerungsbewegung betrachtet. Als Unterlagen für die Erfassung dieser abstrakten statistischen Einheiten, die zu einer Veränderung (Bewegung) der Bevölkerung in-

nerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes führen, dienen die Zählblätter der Standesämter und Gerichte sowie die Meldescheine der Meldebehörden.

1. Gesamtergebnis

In Rheinland-Pfalz wurden im Berichtsjahr 26 998 Ehen geschlossen (1968: 25 695). Die Zahl der Ehelösungen stieg von 3 362 im Jahre 1968 auf 3 663 an. Die Anzahl der lebendgeborenen Kinder betrug 53 987, während im Jahre 1968 noch 58 532 Lebendgeborene registriert wurden. Es starben im Berichtsjahr 44 430 Menschen (1968: 44 219). Der Geborenenüberschuß belief sich demnach auf 9 557. Er hatte im vorangegangenen Jahr 14 313 betragen.

2. Eheschließungen

Aufschluß über die Häufigkeit von Eheschließungen gibt zunächst die allgemeine Heirats- oder Eheschließungsziffer, die auf 1 000 Personen der mittleren Gesamtbevölkerung bezogen wird. Sie läßt räumliche Verschiedenheiten und zeitliche Schwankungen am leichtesten erkennen. Seit 1959 mit dem Höchstwert von 9,5 Eheschließungen auf 1 000 Einwohner zeigt sich eine ständig abnehmende Tendenz, deren Ursache in den schwächer besetzten Altersgruppen der ins heiratsfähige Alter aufrückenden Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge zu suchen ist (nur 1967 stieg die Heiratsziffer gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozentpunkte an). Im Jahre 1968 unterbot die rückläufige Zahl der Eheschließungen mit einer Heiratsziffer von 7,1 den bis dahin niedrigsten Wert von 7,5 des Jahres 1966 um 0,4 Punkte, den entsprechenden Bundesdurchschnittswert, der seit neun Jahren ebenfalls abnehmende Tendenz aufweist, um 0,3 Punkte. Im Jahre 1969 konnte mit der Anzahl von 26 998 Trauungen wieder eine Zunahme der relativen Heiratshäufigkeit auf 7,4 festgestellt werden. Damit liegt dieser Wert für Rheinland-Pfalz erstmals wieder um 0,1 Punkte über dem entsprechenden Bundesdurchschnitt, der seit 1961 ständig höher als der Landesdurchschnitt war.

Wie bereits in den vergangenen Jahren hat die Anzahl der Frühehen weiter zugenommen, was in dem Anteil der minderjährigen eheschließenden Männer zum Ausdruck kommt. Waren 1968 schon 9,4% aller eheschließenden Männer jünger als 21 Jahre (1967: 7,6%; 1966: 5,8%; 1965: 5,0%), so gingen im Berichtsjahr von 100 heiratenden Männern etwa 11 (genau 11,3%) die Ehe bereits vor dem 21. Lebensjahr ein. Das Gesetz gestattet den Männern grundsätzlich die Heirat erst mit 21 Jahren, den Frauen bereits mit 16 Jahren. Die häufige Unterschreitung der vom Gesetz festgelegten Altersgrenze durch die Männer dürfte unter anderem auf die verbreitete Erwerbstätigkeit der Frau während der ersten Ehejahre zurückzuführen sein, die für den erforderlichen materiellen Ausgleich sorgen kann, wenn eine den Erfordernissen der Ehe entsprechende Stellung des Mannes im Berufsleben noch nicht erreicht worden ist. Der Trend zur Ehe-

Eheschließungen in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet
1960 - 1969

Jahr	Rheinland-Pfalz		Bundesgebiet	
	Anzahl	auf 1 000 Einwohner	Anzahl	auf 1 000 Einwohner
1960	31 924	9,4	521 445	9,4
1961	31 866	9,3	529 901	9,4
1962	31 312	9,1	530 640	9,3
1963	29 830	8,5	507 644	8,8
1964	29 062	8,2	506 182	8,7
1965	27 642	7,7	492 128	8,3
1966	26 844	7,5	484 525	8,1
1967	27 875	7,7	483 101	8,1
1968	25 695	7,1	444 150	7,4
1969	26 998	7,4	446 582	7,3

schließung in jungen Jahren ist naturgemäß bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern. Im Jahre 1965 betrug der Anteil der weiblichen Minderjährigen an der Gesamtzahl aller eheschließenden Frauen erst 32,4%, 1966 stieg er auf 36,1%, 1967 auf 40,7%. Im Jahre 1968 wurde ein Anteil von 45,3% festgestellt, der im Berichtsjahr auf den Wert von 46,9% anstieg.

Die Hälfte aller eheschließenden Männer (49,5%) und drei Viertel (74,4%) aller heiratenden Frauen waren im Jahre 1969 jünger als 25 Jahre. Insgesamt gesehen gehörten annähernd 62% aller eheschließenden der Altersgruppe 25 Jahre und weniger an; im Alter zwischen 25 und 40 Jahren standen knapp 32%, etwas mehr als 6% hatten das 40. Lebensjahr schon überschritten.

Auch im Hinblick auf den Familienstand der Eheschließenden ergeben sich interessante Resultate. 89% der im Jahre 1969 geschlossenen Ehen waren Erst-Ehen. Eine geschlechtsspezifische Untersuchung zeigt nur geringfügige Abweichungen zwischen beiden Gruppen. 89% der heiratenden Männer und 90% der Frauen traten zum ersten Mal vor den Traualtar. Der Anteil der Verwitweteten an den Eheschließenden betrug bei den Männern etwas mehr als 4%, bei den Frauen knapp 3%. Der Prozentsatz geschiedener Männer, die wieder heirateten, lag bei knapp 8%, der entsprechende Anteil geschiedener Frauen war ebenso hoch. In etwa 4% der Eheschließungen heiratete ein geschiedener Mann eine ledige

Eheschließende nach Alter und Familienstand 1969

Alter	Männer					Frauen				
	insgesamt		vor der Heirat			insgesamt		vor der Heirat		
			ledig	ver- 1) witwet	ge- 2) schieden			ledig	ver- 1) witwet	ge- 2) schieden
	Anzahl	%	Anzahl			Anzahl				
unter 20 Jahre	1 445	5,4	1 445	-	-	9 129	33,8	9 106	-	23
20 - 25 "	11 901	44,1	11 798	3	100	10 965	40,6	10 656	20	289
25 - 30 "	8 219	30,4	7 748	29	442	3 282	12,2	2 689	59	534
30 - 35 "	2 592	9,6	2 055	63	474	1 332	4,9	790	79	463
35 - 40 "	835	3,1	436	56	343	692	2,6	355	89	248
40 - 45 "	510	1,9	168	86	256	531	2,0	219	85	227
45 - 50 "	389	1,4	66	135	188	452	1,7	180	116	156
50 - 55 "	205	0,8	23	91	91	222	0,8	69	99	54
55 - 60 "	294	1,1	14	198	82	196	0,7	37	109	50
60 und mehr "	608	2,3	29	474	105	197	0,7	43	110	44
I n s g e s a m t	26 998	100,1	23 782	1 135	2 081	26 998	100,0	24 144	766	2 088

1) Einschl. der Personen, deren früherer Ehegatte für tot erklärt wurde. - 2) Einschl. der Personen, deren frühere Ehe aufgehoben wurde.

Frau; ebenso viele geschiedene Frauen heirateten einen ledigen Mann. Dagegen betrug der Anteil der Ehen, bei denen beide Partner mindestens einmal geschieden waren, nur etwa 3%.

Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Religionszugehörigkeit und Eheschließungen zeigt seit 1960 ein ständiges Ansteigen der Mischehen. Im Jahre 1969 wurden 8 175 Mischehen registriert; das sind etwa 30% aller geschlossenen Ehen. Während genau ein Drittel aller evangelischen Eheschließenden eine Mischehe einging, war die Bereitschaft zur Mischehe bei den Katholiken geringer. Nur ein Viertel (25,1%) der katholischen Eheschließenden entschloß sich zur Mischehe. In 9 474 Fällen der Erst-Ehen waren beide Partner römisch-katholisch, 6 553 Erst-Ehen wurden zwischen zwei Evangelischen geschlossen. Auf 100 Erst-Ehen entfielen 28 Mischehen und 72 Ehen zwischen Partnern gleicher Konfession. Bei den Eheschließungen, bei denen beide Ehepartner bereits einmal verheiratet waren, war die Bereitschaft zur Mischehe größer: 40 von 100 dieser Ehen führten zwei Menschen verschiedener Konfession zusammen.

Die Betrachtung der Ekehäufigkeit aus regionaler Sicht läßt unterschiedliche Tendenzen zwischen Stadt und Land erkennen, die in erster Linie altersstrukturell bedingt sind. Infolge ihrer stärkeren Anziehungskraft auf die im Heiratsalter stehenden Personen weisen die Städte in ihrer Gesamtheit eine höhere Heiratsziffer auf als die Landkreise. Die Heiratsziffer in den kreisfreien Städten liegt mit 8,1 um 0,7 Punkte über dem Landesdurchschnitt von 7,4, diejenige in den Landkreisen mit 7,1 um 0,3 Punkte darunter. Beim Vergleich mit den entsprechenden Werten des vorangegangenen Berichtsjahres fällt auf, daß die Differenz zwischen den Heiratsziffern in den kreisfreien Städten und in den Landkreisen im Berichtsjahr geringer geworden ist. Sie betrug im Jahre 1968 noch 1,8 Punkte, während im Berichtsjahr nur noch eine Differenz von 1,0 Punkten festgestellt wurde. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß dieser Untersuchung die gegenüber dem Berichtsjahr 1968 veränderten Verwaltungsgrenzen zugrundegelegt wurden, so daß sich gewisse Abweichungen der Heiratsziffern von Stadt und Land, im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Berichtsjahres, auch aus dieser Sicht ergeben haben dürften.

An 2 103 Ehen oder knapp 8% der im Berichtsjahr geschlossenen Ehen waren Partner nicht deutscher Staatsangehörigkeit beteiligt. In 432 Fällen heiratete ein Deutscher eine Ausländerin, in 1 671 Fällen ging ein Ausländer die Ehe mit einer Deutschen ein. Zwischen Ausländern wurden während des Berichtszeitraumes 474 Ehen geschlossen.

3. Gerichtliche Ehelösungen

Insgesamt wurden von den Gerichten in Rheinland-Pfalz während des Berichtsjahres 3 663 Ehen gelöst. In 3 652 Fällen wurde die Ehe geschieden. Neun Urteile lauteten auf Aufhebung der Ehe; die Nichtigkeitserklärung der Ehe wurde in zwei Fällen ausgesprochen.

Maßstab für die Häufigkeit von Ehescheidungen sind Ehescheidungsziffern. Die allgemeine Schei-

Ehescheidungen in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet
1960 - 1969

Jahr	Rheinland-Pfalz		Bundesgebiet	
	Anzahl	auf 10 000 Einwohner	Anzahl	auf 10 000 Einwohner
1960	2 270	6,7	48 878	8,8
1961	2 263	6,6	49 280	8,8
1962	2 375	6,9	49 521	8,7
1963	2 442	7,0	50 840	8,8
1964	2 667	7,6	55 710	9,5
1965	2 850	8,0	58 718	10,0
1966	2 736	7,6	58 730	9,8
1967	3 114	8,6	62 835	10,5
1968	3 345	9,2	65 264	10,8
1969	3 652	10,0	.	.

dungshäufigkeit wird festgestellt, indem man die Zahl der Ehescheidungen innerhalb eines Jahres auf die mittlere Bevölkerungszahl dieses Jahres bezieht. Die Scheidungsziffer wird im Gegensatz zur Heiratsziffer auf 10 000 Einwohner berechnet. Sie entwickelt sich in Rheinland-Pfalz seit Jahren aufwärts, liegt jedoch von jeher erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Im Berichtsjahr erreichte sie die Höhe von 10,0.

Auch in den einzelnen Landesteilen zeigen sich unterschiedliche Tendenzen, die in erster Linie durch konfessionelle Verhältnisse und die Siedlungsstruktur bestimmt werden. Bekannterweise sind die Einwohner von Gebieten mit vorwiegend städtischer Siedlungsweise und einem hohen Anteil protestantischer Bevölkerung leichter geneigt, die Ehe aufzulösen als die Einwohner ländlicher Bezirke, die zudem eine vorwiegend katholische Bevölkerung aufweisen. Die relativ meisten Scheidungen gab es in den Landgerichtsbezirken Frankenthal mit 12,9 auf 10 000 Einwohner, Mainz mit 12,7, Kaiserslautern mit 12,6, Zweibrücken mit 10,9 und Kreuznach mit 10,6. Eine geringere Neigung, die Ehe zu lösen, zeigten die Einwohner der Landgerichtsbezirke Landau, Koblenz und Trier mit Scheidungsziffern von 9,0, 8,2 und 6,1.

Hinweise auf eine unterschiedliche Scheidungshäufigkeit im Zusammenhang mit der Religionszugehörigkeit geben die Anteile der rein evangelischen und katholischen Ehen an der Gesamtzahl aller Ehescheidungen. Von 100 Scheidungen, die im Berichtsjahr ausgesprochen wurden, trennten 32 zwei evangelische, 31 zwei katholische Partner. Bedenkt man, daß nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961 in gut jeder dritten Ehe beide Gatten evangelisch, jedoch in nahezu jeder zweiten Ehe katholisch waren - die Ergebnisse der Volkszählung 1970, die hiervon nicht allzu sehr abweichen werden, liegen zur Zeit noch nicht vor -, so erkennt man, daß rein katholische Ehen festeren Bestand haben als solche mit zwei evangelischen Partnern. Am gefährdesten sind jedoch Mischehen. Mit 35 von 100 Ehescheidungen 1969 waren sie in bedeutend größerem Maße an der Gesamtzahl aller Scheidungen beteiligt, als es ihrem Anteil an den bestehenden Ehen entsprach.

Im Jahre 1969 wurden 1 089 (rund 30%) Scheidungsklagen vom Mann und 2 563 (70%) von der

Frau erhoben. Von dem Recht der Widerklage machte in 527 Fällen der Mann, in 345 Fällen die Frau Gebrauch. Schuldhafte Ehezerüttung (§ 43 EheG) war mit 3 315 Fällen (91%) der häufigste Scheidungsgrund. Ehebruch (§ 42) wurde in 56 Fällen (1,5%) als Scheidungsgrund anerkannt. Nach § 42 EheG in Verbindung mit schuldhafter Ehezerüttung (§ 43) wurden 35 Ehen geschieden. Wegen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft (§ 48) erfolgten 216 Scheidungen, während bei den übrigen 30 Trennungen wegen Geisteskrankheit (§ 45) und geistiger Störung eines Partners (§ 44) die Ehe gelöst wurde. Der Schuldspruch lastete in der Mehrzahl der Fälle dem Mann die Schuld an, denn bei jeder zweiten Scheidung (52%) trug der Mann die Schuld allein, während dies nur in 581 Fällen (16%) für die Frau zutraf. 972 mal (27%) wurden beide Teile durch den Urteilsspruch der Richter für schuldig befunden, in 203 Fällen (5,5%) traf keinen der beiden Partner die Schuld. Hinsichtlich der Schuldfrage ergeben sich im Vergleich zu den entsprechenden Zahlenwerten des vorangegangenen Berichtsjahres keine nennenswerten Veränderungen.

Der überwiegende Teil der geschiedenen Männer und Frauen befand sich in der Altersgruppe der 25- bis 30jährigen. Nur 8% der geschiedenen männlichen Partner gehörten der Altersgruppe unter 25 Jahren an, dagegen waren naturgemäß die weiblichen Partner der geschiedenen Ehen in 21 von 100 Fällen jünger als 25 Jahre. Im Hinblick auf die Ehedauer wurden keine erheblichen Abweichungen gegenüber dem vorangegangenen Berichtsjahr registriert. Eine Dauer bis zu zehn Jahren wiesen ungefähr zwei Drittel aller im Berichtsjahr geschiedenen Ehen auf, von denen wiederum reichlich die Hälfte nicht länger als fünf Jahre Bestand gehabt hatte; etwa ein Drittel der geschiedenen Partner war mehr als zehn Jahre miteinander verheiratet gewesen. Nur 29% der geschiedenen Ehen waren

kinderlos; aus 55% der Ehen waren ein oder zwei, aus 16% drei oder mehr Kinder hervorgegangen. Insgesamt wurden 4 546 minderjährige Kinder von der Scheidung betroffen.

4. Geborene

Die Geburtenkurve folgt naturgemäß dem Trend der Eheschließungen in ein- bis zweijährigem Abstand. Dieser zeigte, wie bereits dargestellt, bis 1968 ständig rückläufige Tendenz. Es überrascht daher nicht, daß gegenüber dem Jahre 1968 wieder eine erhebliche Abnahme der Lebendgeborenen von 58 532 auf 53 987 registriert wurde. Die Zahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner sank von 16,1 auf 14,8 und erreichte damit den tiefsten Wert, der seit 1947 festgestellt wurde. Im Bundesgebiet war die Abnahme der Geburtenziffer gegenüber dem Jahr 1968 ebenso hoch. Von der Gesamtzahl der Lebendgeborenen waren etwas mehr als die Hälfte Knaben (51,5%). Auf 100 Mädchen entfielen demnach 106 Knaben.

Mit 594 war die Zahl der Totgeborenen nicht nur absolut, sondern auch relativ etwas geringer als die des Vorjahres (670). Die auf 1 000 lebend- und totgeborene Kinder insgesamt bezogene Zahl der Totgeborenen betrug 10,9 gegenüber 11,3 im vorangegangenen Jahr. Seit dem Kriege ist die Häufigkeit der Totgeburten dank der Fortschritte in der Medizin und der ständig wachsenden Einsicht in die Notwendigkeit hygienischer Maßnahmen auf dem Gebiet der Geburtshilfe ununterbrochen zurückgegangen. Auf den Anteil der Totgeborenen an der Gesamtzahl aller Tot- und Lebendgeborenen wirkten sich vor allem soziale Einflüsse aus. Dies zeigt sich besonders in der höheren Quote der unehelich totgeborenen Kinder, die 20,8 betrug. Man erhält diesen Wert, indem man die unehelich Totgeborenen auf 1 000 unehelich Lebend- und Totgeborene bezieht.

Geborene in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1960 - 1969

Jahr	Lebendgeborene							Totgeborene				
	insgesamt		männlich	weiblich	unehe- lich	männlich	weiblich	unehe- lich	insgesamt	unehe- lich	insgesamt	unehe- lich
	Anzahl	auf 1 000 Einw.	Anzahl			auf 1 000 Lebendgeborene		Anzahl		auf 1 000 Lebend- und Totgeborene		
Rheinland-Pfalz												
1960	64 251	18,9	32 743	31 508	3 350	509,6	490,4	52,1	1 023	72	15,7	21,0
1961	66 744	19,5	34 429	32 315	3 343	515,8	484,2	50,1	896	57	13,2	16,8
1962	66 185	19,1	33 887	32 298	3 001	512,0	488,0	45,3	899	63	13,4	20,6
1963	67 768	19,4	34 945	32 823	2 894	515,7	484,3	42,7	961	61	14,0	20,6
1964	67 223	19,1	34 695	32 628	2 676	515,4	484,6	39,7	881	60	12,9	21,9
1965	64 480	18,1	32 915	31 565	2 521	510,5	489,5	39,1	794	36	12,2	14,1
1966	64 249	17,8	33 196	31 053	2 440	516,7	483,3	38,0	774	41	11,9	16,5
1967	61 090	16,9	31 187	29 903	2 311	510,5	489,5	37,8	704	45	11,4	19,1
1968	48 532	16,1	30 086	28 446	2 442	514,0	486,0	41,7	670	32	11,3	12,9
1969	53 987	14,8	27 787	26 200	2 357	514,7	485,3	43,7	594	50	10,9	20,8
Bundesgebiet												
1960	968 629	17,4	498 182	470 447	61 330	514,3	485,7	63,3	15 049	1 343	15,3	21,4
1961	1 012 687	18,0	520 590	492 097	60 269	514,1	485,9	59,5	14 704	1 238	14,3	20,1
1962	1 018 552	17,9	523 801	494 751	56 648	514,3	485,7	55,6	14 361	1 178	13,9	20,4
1963	1 054 123	18,3	541 812	512 311	55 120	514,0	486,0	52,3	13 991	1 106	13,1	19,7
1964	1 065 437	18,2	547 979	517 458	53 131	514,3	485,7	49,9	13 590	1 024	12,6	18,9
1965	1 044 328	17,7	536 930	507 388	48 977	514,1	485,9	46,9	12 901	956	12,2	19,1
1966	1 050 345	17,6	539 492	510 853	47 854	513,6	486,4	45,6	12 174	819	11,5	16,8
1967	1 019 459	17,0	523 634	495 825	46 964	513,6	486,4	46,1	11 422	802	11,1	16,8
1968	969 825	16,1	498 202	471 623	46 209	513,7	486,3	47,6	10 702	708	10,9	15,1
1969 ^D	903 458	14,8	464 432	439 026	45 497	514,1	485,9	50,4	9 693	.	10,6	.

Die Anzahl der unehelich Lebendgeborenen nahm gegenüber dem Berichtsjahr 1968 von 2 442 auf 2 357 ab, während die auf 1 000 Lebendgeborene bezogene Zahl unehelich Lebendgeborener von 41,7 auf 43,7 stieg. Sie wäre vermutlich wesentlich höher, wenn nicht häufig durch Eheschließung in jungen Jahren uneheliche Schwangerschaften legitimiert würden. Daß mehr als 40% aller Erstkinder bereits in den ersten acht Monaten nach der Eheschließung der Mutter geboren wurden, bestätigt diese Annahme.

Auch aus regionaler Sicht ergeben sich wieder erhebliche Unterschiede. Diese beziehen sich sowohl auf die Geburtenhäufigkeit als auch auf die Anzahl der unehelich Lebendgeborenen. Von besonderem Einfluß sind wirtschaftliche Struktur und Bevölkerungszahl des Gebietes bzw. der Gemeinde. In den Landkreisen erreichte die Zahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner (Geburtenziffer) den Wert von 15,2, in den kreisfreien Städten einen solchen von 13,4. Geringer ist dagegen in den Landkreisen der Anteil der unehelich Lebendgeborenen an der Gesamtzahl aller Lebendgeborenen. Während in den Landkreisen nur 32 unehelich Lebendgeborene auf 1 000 lebend zur Welt gekommene Kinder entfielen, waren es in den kreisfreien Städten mit 77 mehr als doppelt so viel. Unter dem Landesdurchschnitt von 14,8 und der für die Landkreise insgesamt ermittelten Geburtenziffer von 15,2 lag mit einer Höhe von nur 13,4 die Geburtenziffer der kreisfreien Städte, obwohl diese eine günstigere Alterszusammensetzung im Hinblick auf die „Reproduktion“ aufweisen als die Gesamtheit der Landkreise.

Unter Berücksichtigung der Gemeindegroßenklassen ist analog eine Abnahme der Geburtenziffer mit zunehmender Bevölkerungszahl festzustellen. In der Gruppe der weniger als 2 000 Einwohner zählenden Gemeinden wurde mit einem Wert von 15,9 die höchste Geburtenziffer ermittelt. In den Gemeinden der folgenden Größenklasse (2 000 bis 5 000 Einwohner) sank sie auf 15,4. In den Kleinstädten (5 000 bis 20 000 Einwohner) entfielen auf 1 000 Einwohner noch 14,4 lebend zur Welt gekommene Kinder, 13,4 waren es in den Mittelstädten (20 000 bis 100 000 Einwohner); in den Großstädten wurden noch 13,3 Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner registriert. Dagegen zeigen die Anteile der unehelich Geborenen an 1 000 aller lebend zur Welt gekommenen Kinder mit abnehmender Bevölkerung rückläufige Tendenz. Den höchsten Anteil unehelich geborener Kinder hatten die Großstädte mit einem Wert von 7,6 zu verzeichnen. Dieser fiel in den Mittelstädten auf 7,3; in den Kleinstädten hatte er nur noch den Wert von 4,4, während in den Landstädten (2 000 bis 5 000 Einwohner) und den Gemeinden der untersten Größenklasse nur noch ein Anteil von 3,3 bzw. 2,3 festzustellen war.

Knapp 39% aller im Jahre 1969 ehelich lebendgeborenen Kinder waren Erstkinder, 31% Zweit-, rund 16% Dritt- und nicht ganz 7% Viertkinder. Von den 20 200 Erstkindern kamen 10 855 bereits im ersten, 4 332 im zweiten Ehejahr zur Welt. In den ersten acht Monaten nach der Eheschließung wurden etwas mehr als zwei Fünftel der Erstkinder geboren.

Gestorbene in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1960 - 1969

Jahr	Insgesamt		Männlich	Im ersten Lebensjahr	In den ersten 28 Lebens-tagen	Im ersten Lebensjahr	In den ersten 28 Lebens-tagen
	Anzahl	auf 1 000 Einw.					
Rheinland-Pfalz							
1960	39 533	11,6	20 596	2 369	1 565	36,9	24,4
1961	38 037	11,1	19 999	2 291	1 633	34,3	24,5
1962	39 345	11,4	20 520	2 132	1 532	32,2	23,1
1963	41 065	11,8	21 314	1 938	1 382	28,6	20,4
1964	38 529	10,9	20 343	1 826	1 274	27,1	18,9
1965	40 145	11,3	20 983	1 545	1 178	24,0	18,3
1966	40 758	11,3	21 011	1 550	1 213	24,1	18,9
1967	41 041	11,3	21 296	1 503	1 145	24,5	18,7
1968	44 219	12,2	22 750	1 410	1 073	24,0	18,3
1969	44 430	12,1	22 812	1 371	1 022	25,1	18,9
Bundesgebiet							
1960	642 962	11,6	332 503	32 724	23 153	33,8	23,9
1961	627 561	11,2	324 300	32 108	23 071	31,7	22,8
1962	644 819	11,3	335 082	29 807	21 725	29,3	21,3
1963	673 069	11,7	347 717	28 473	21 009	27,0	19,9
1964	644 128	11,0	333 879	26 948	20 123	25,3	18,9
1965	677 628	11,5	347 968	24 947	19 194	23,9	18,4
1966	686 321	11,5	351 301	24 803	19 020	23,6	18,1
1967	687 349	11,5	350 517	23 303	18 129	22,8	17,8
1968	734 048	12,2	371 391	22 110	17 021	22,6	17,6
1969	744 360	12,2	377 259	21 137	16 206	23,1	17,9

Im Hinblick auf die Konfessionszugehörigkeit der Ehepartner ergeben sich auch in diesem Zusammenhang wieder interessante Feststellungen. Aus dem voranstehenden Abschnitt wurde bereits ersichtlich, daß in Gebieten mit einem relativ hohen katholischen Bevölkerungsanteil eine geringere Scheidungsanfälligkeit aufzuweisen ist als in Gebieten mit einem relativ hohen Anteil evangelischer Bevölkerung. Zudem weisen die zwischen Partnern katholischer Konfession geschlossenen Ehen den höchsten Anteil Lebendgeborener (45%) an der Gesamtzahl aller lebend zur Welt gekommenen Kinder auf. Sie zeigen auch die stärkste Geburtenfreudigkeit im Verhältnis zum Anteil der geschlossenen Ehen an der Gesamtzahl der Eheschließungen (40%). Weniger günstige Relationen ergeben sich bei den Mischehen, obwohl diese seit Jahren zunehmende Tendenz zeigen, mit rund 12 000 Lebendgeborenen, das sind etwa 22% aller lebend zur Welt gekommenen Kinder, während der Anteil der Mischehen an der Gesamtzahl aller geschlossenen Ehen im Berichtsjahr und im Jahre 1968 rund 31% betrug. Dem Anteil evangelischer Ehen des Vorjahres in Höhe von 30% (1969: 29%) steht ein Anteil Lebendgeborener im Berichtsjahr in Höhe von 29% gegenüber.

5. Gestorbene

Im Jahre 1969 starben in Rheinland-Pfalz 44 430 Menschen, 211 mehr als im Jahr zuvor. Die auf 1 000 Einwohner bezogene Anzahl der Sterbefälle nahm um 0,1 Punkte von 12,2 auf 12,1 ab. Die Sterblichkeit nach dem Geschlecht wird durch die geschlechtsspezifisch berechneten Sterbeziffern ermittelt. Die höhere Sterblichkeit der Männer ist aus dem Verhältnis der Sterbeziffern für Männer und Frauen ersichtlich, das im Berichtsjahr 13,1:11,3 betrug. Schon im Säuglingsalter ist die Widerstandskraft der Knaben geringer als die der Mädchen. In den höheren Altersstufen machen sich die größere

Gefährdung durch die zunehmende Motorisierung und Schädigungen durch die berufliche Arbeit geltend. Die Anzahl der im ersten Lebensjahr Gestorbenen betrug 1969 insgesamt 1 371, davon waren 779 Knaben und 592 Mädchen. Die Säuglingssterbeziffer wird berechnet, indem man die Zahl der im ersten Lebensjahr Gestorbenen auf 1 000 Lebendgeborene des gleichen Beobachtungszeitraumes bezieht. Dieser Wert war im Berichtsjahr höher als 1968. Er stieg von 24,0 auf 25,1, nachdem er von 1967 auf 1968 von 24,5 auf 24,0 gefallen war.

Die Sterblichkeit der unehelich geborenen Säuglinge ist größer als diejenige der ehelich Geborenen. Sie betrug im Berichtsjahr 35 bei den unehelichen gegenüber 24 bei den ehelichen Säuglingen.

Im Vergleich zum Jahre 1968 sank die Säuglingssterbeziffer der unehelich Geborenen von 44,2 auf 35,0, während die Sterblichkeit der ehelich Geborenen von 23,2 auf 24,0 stieg. Beträchtlich über dem Landesdurchschnitt lagen die Werte für die Säuglingssterblichkeit in den Landkreisen Birkenfeld (39,8), Neustadt (38,2), Bitburg (38,0), Daun (36,4) und Ahrweiler (35,4), am niedrigsten waren sie in Speyer (12,3), Landau (15,8) und Bernkastel-Wittlich (17,2). Der stärksten Gefährdung sind die Säuglinge während der ersten vier Lebenswochen ausgesetzt. 1969 starben bereits in diesem ersten Lebensabschnitt 1 022 Kinder, das sind rund 75% der 1 371 vor der Vollendung des ersten Lebensjahres gestorbenen Säuglinge.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Struktur der Hennenhaltung 1969

1. Haltungsgrößen

Unter den bei der allgemeinen Viehzählung Anfang Dezember 1969 festgestellten rund 108 500 Hühnerhaltungen befanden sich nur relativ wenige, nämlich nicht ganz 1 000 oder knapp 1%, die keine Legehennen besaßen. Hühner- und Hennenhaltungen sind daher weitgehend identisch.

Wie in der Rindvieh- und Schweinehaltung blieb auch in der Legehennenhaltung die Entwicklung zu größeren Bestandseinheiten in Fluß und trat wie dort am auffälligsten durch den rapiden Rückgang in der Zahl der Halter in Erscheinung. Nach den fortgesetzten Reduzierungen in den vorausgegangenen Jahren lösten von Dezember 1967 bis Dezember 1969 weitere 28 500 Legehennenhaltungen ihre Bestände auf. Das entspricht gut einem Fünftel der Ende 1967 vorhandenen Gesamtzahl und bedeutet eine merkliche Beschleunigung des Rückgangstempos. Demgegenüber stieg die Zahl der Legehennen im gleichen Zeitraum um 3,9% auf 4,3 Mill. an, so daß sich nunmehr eine durchschnittliche Be-

standsstärke von 40,2 Tieren je Halter gegenüber 30,6 im Jahre 1967 und 23,5 im Jahre 1965 errechnet. Im Zuge dieser Entwicklung kam es wiederum zu größeren Veränderungen in der Haltungsstruktur. Dabei hat sich die Zahl der Betriebe mit 1 000 und mehr Legehennen abermals erhöht, solcher mit kleineren Beständen dagegen verringert, wobei von dem Rückgang erstmals auch Haltungsgrößen zwischen 500 und 999 Tieren betroffen waren. Die absolut stärkste zahlenmäßige Einbuße verzeichnete wieder die Gruppe der Halter mit weniger als 20 Legehennen. Von rund 105 000 im Dezember 1967 ging sie bis Dezember 1969 um 23 000 (21,5%) auf 82 000 zurück. Trotz dieser beträchtlichen Reduzierung gehören zu dieser Gruppe aber immerhin noch gut drei Viertel aller Hennenhalter. Gleichzeitig nahm, proportional zur Zahl der Halter, der Hennenbestand ab. Von ungefähr 1 Mill. reduzierte er sich auf 786 000 Tiere, womit der Anteil am Gesamtbestand nur noch 18,1% betrug, gegenüber 24% im Jahre 1967. Die für die Markterzeugung auch vordem schon relativ wenig ins Gewicht fal-

Hennenhaltungen und Hennen nach Betriebsgrößenklassen 1965, 1967 und 1969

Betriebs- größenklasse	Halter					Hennen				
	1965	1967	1969	Veränderung		1965	1967	1969	Veränderung	
				1967 zu	1969 zu				1967 zu	1969 zu
				1965	1967				1965	1967
Anzahl			%		Anzahl			%		
1 - 19 Hennen	121 210	105 052	82 444	- 13,3	- 21,5	1 140 616	998 451	785 910	- 12,5	- 21,3
20 - 49 "	25 763	24 073	19 417	- 6,6	- 19,3	677 240	624 335	504 511	- 7,8	- 19,2
50 - 99 "	3 803	3 404	2 809	- 10,5	- 17,5	239 256	214 442	175 842	- 10,4	- 18,0
100 - 249 "	2 155	1 964	1 485	- 8,9	- 24,4	316 164	283 653	216 745	- 10,3	- 23,6
250 - 499 "	848	789	601	- 7,0	- 23,8	281 926	262 327	203 205	- 7,0	- 22,5
500 - 999 "	452	471	402	4,2	- 14,6	302 283	313 952	269 893	3,9	- 14,0
1 000 - 2 999 "	234	291	315	24,4	8,2	349 936	445 387	486 497	27,3	9,2
3 000 und mehr "	52	81	116	55,8	43,2	331 417	1 023 159	1 687 454	208,7	64,9
unter 0,5 ha LN	58 724	51 064	36 353	- 13,0	- 28,8	878 215	1 259 631	1 678 985	43,4	33,3
0,5 - 2 "	22 093	18 017	13 409	- 18,4	- 25,6	355 905	316 988	250 582	- 10,9	- 20,9
2 - 5 "	25 960	21 872	17 240	- 15,7	- 21,2	470 932	455 214	365 944	- 3,3	- 19,6
5 - 10 "	23 706	21 024	17 674	- 11,3	- 15,9	637 919	709 750	527 861	11,3	- 25,6
10 - 20 "	19 455	18 988	16 981	- 2,4	- 10,6	784 599	815 368	846 328	3,9	3,8
20 - 50 "	4 359	4 942	5 698	13,4	15,3	381 992	459 829	513 984	20,4	11,8
50 - 100 "	185	182	194	- 1,6	6,6	91 673	106 588	90 548	16,3	- 15,0
100 und mehr "	35	36	40	2,9	11,1	37 603	42 338	55 825	12,6	31,9
Insgesamt	154 517	136 125	107 589	- 11,9	- 21,0	3 638 838	4 165 706	4 330 057	14,5	3,9

lenden Haltungen dieser Größe, bei denen es sich zu schätzungsweise 40% um solche außerhalb der Landwirtschaft handelt, haben damit weiter an Bedeutung verloren. Die Eiererzeugung dient hier meistens zur eigenen Bedarfsdeckung. Zu einer sehr deutlichen Abnahme kam es auch in der Bestandsgrößenklasse mit 20 bis 49 Hennen. Von rund 24 000 Haltern im Jahre 1967 blieben hier nur 19 400 übrig, nachdem gut 4 700 (19,3%) entweder durch Auflösung ihrer Bestände oder durch Aufstockungen ausschieden. Dabei verringerte sich der auf diese Größenklasse entfallende Anteil am Hennenbestand von 15 auf 11,7%. Diese beiden Gruppen stellen trotz der erheblichen Abgänge zwar noch immer die Masse der Halter (94,6%), doch befinden sich dort nurmehr 29,8% des Hennenbestandes, während es vor zwei Jahren noch immerhin fast vier Zehntel waren.

Auch bei den größeren Haltungen kam es zu deutlichen Reduzierungen, wobei infolge der mit zunehmender Bestandsgröße sich abschwächenden Besatzdichte der einzelnen Größenklassen absolut zwar kleinere, relativ jedoch sogar teilweise höhere Abgangsraten festgestellt wurden. So ging die Zahl der Betriebe mit 50 bis 99 Hennen um 17,5% auf 2 800 und derjenigen mit 100 bis 249 um 24,4% auf 1 500 zurück. In der Größenklasse mit 250 bis 499 Tieren verringerte sie sich um 23,8% auf 601, in der mit 500 bis 999 Hennen schließlich um 14,6% auf 402. In fast gleichem Verhältnis nahm im einzelnen auch der Hennenbestand ab.

Demgegenüber erhöhte sich die Zahl der Betriebe mit Beständen zwischen 1 000 und 3 000 Tieren um 24 auf 315, die mit solchen von 3 000 und mehr sogar um 35 auf 116. Obwohl diese insgesamt nur 0,4% der Gesamtzahl darstellen, entfiel auf sie mehr als die Hälfte (50,2%) des Legehennenbestandes, wogegen es vor zwei Jahren erst ungefähr ein Drittel und vor vier Jahren knapp ein Fünftel war. Da indessen der Umfang der Eiererzeugung nicht allein von der Zahl der Legehennen, sondern auch von deren Leistungsfähigkeit bestimmt wird, die Durchschnittslegeleistung je Henne aber mit zunehmender Haltungsgröße ansteigt, verlagerten sich durch diese Verschiebungen die Schwerpunkte der Produktion weit stärker auf die größeren Betriebe, als es in den Veränderungen der entsprechenden Anteilsquoten zum Ausdruck kommt.

2. Betriebsgrößen nach der LN

Ein relativ großer Teil der Hennenhaltungen, nämlich rund 36 000 oder ein Drittel, besitzt entweder gar keine oder nur kleine landwirtschaftliche Nutzflächen von weniger als 0,5 ha. Auf diese entfallen knapp vier Zehntel des Hennenbestandes. Die große Zahl der Halter und die hohe Anteilsquote am Hennenbestand in dieser Gruppe erklärt sich daraus, daß hier größtenteils die Vielzahl der außerlandwirtschaftlichen Selbstversorger mit Klein- und Kleinstbeständen sowie die mit großen Beständen ohne oder mit nur kleiner Nutzfläche wirtschaftenden gewerblichen Haltungen zusammengefaßt sind. Von den insgesamt 116 Haltern mit 3 000 und mehr Tieren fiel fast ein Drittel in diese Größenklasse, die insofern eine Sonderstellung ge-

Verteilung von Hennenhaltungen und Hennen auf die Betriebsgrößenklassen 1965, 1967 und 1969

Betriebsgrößenklasse	Halter			Hennen		
	1965	1967	1969	1965	1967	1969
	%					
1 - 19 Hennen	78,4	77,2	76,6	31,3	24,0	18,1
20 - 49 "	16,7	17,7	18,0	18,6	15,0	11,7
50 - 99 "	2,5	2,5	2,6	6,6	5,1	4,1
100 - 249 "	1,4	1,4	1,4	8,7	6,8	5,0
250 - 499 "	0,5	0,6	0,6	7,8	6,3	4,7
500 - 999 "	0,3	0,3	0,4	8,3	7,5	6,2
1 000 - 2 999 "	0,2	0,2	0,3	9,6	10,7	11,2
3 000 und mehr "	0,0	0,1	0,1	9,1	24,6	39,0
unter 0,5 ha LN	38,0	37,5	33,8	24,1	30,3	38,8
0,5 - 2 "	14,3	13,2	12,5	9,8	7,6	5,8
2 - 5 "	16,8	16,1	16,0	13,0	10,9	8,4
5 - 10 "	15,4	15,5	16,4	17,5	17,0	12,2
10 - 20 "	12,6	14,0	15,8	21,6	19,6	19,5
20 - 50 "	2,8	3,6	5,3	10,5	11,0	11,9
50 - 100 "	0,1	0,1	0,2	2,5	2,6	2,1
100 und mehr "	0,0	0,0	0,0	1,0	1,0	1,3

genüber den überwiegend oder ausschließlich mit landwirtschaftlichen Haltungen besetzten nächstfolgenden Größenklassen einnimmt. So errechnet sich auf Grund dieser Tatsache hier trotz der vielen Kleinhaltungen eine Durchschnittsstärke von 46,2 Tieren je Halter, während sich in der folgenden Größenklasse von 0,5 bis 2 ha nur eine solche von 18,7 ergibt.

Die dem landwirtschaftlichen Bereich zuzuordnenden Hennenhaltungen verteilen sich bis zur Betriebsgröße von 20 ha mit Anteilsquoten zwischen 12 und 16% ziemlich gleichmäßig auf die einzelnen Größenklassen. Oberhalb 20 ha sind sie infolge der kleineren Zahl landwirtschaftlicher Betriebe dieser Größe nur zu 5,5% beteiligt. Dabei nimmt die Bestandskonzentration mit wachsender Betriebsgröße zu. So steigt der durchschnittliche Hennenbestand je Halter in den einzelnen Größenklassen zwischen 0,5 und 50 ha von 18,7 auf 90,2 Tiere an. In den Betrieben mit 50 bis 100 ha lag der Durchschnitt bereits bei 467 und in denen mit noch größerer Nutzfläche sogar bei 1 396.

Vergleicht man diesen Stand mit dem vor zwei Jahren, so sind in den einzelnen Größenklassen bis 20 ha zum Teil bemerkenswert starke Abgänge festzustellen, wobei die Gruppe der Haltungen mit weniger als 0,5 ha am stärksten betroffen war (— 28,8%). Die Abnahme ging hier vor allem zu Lasten der Haltungen mit kleinen und mittleren Beständen, während die Zahl der Betriebe unter 0,5 ha mit 1 000 und mehr Hennen gleichzeitig anstieg. An Hennenhaltungen von 20 und mehr ha waren dagegen mit ungefähr 6 000 fast 800 mehr als 1967 vorhanden. Die Betriebe dieser Größenordnung trugen zur Zunahme der Bestandseinheiten über 1 000 Hennen aber nur zum Teil bei, vielmehr waren hieran auch diejenigen der unteren Größenklassen, vor allem aber die Betriebe zwischen 10 und 20 ha, beteiligt. Die Entwicklung ist damit sowohl in Richtung auf eine Zusammenfassung des Hennenbestandes in größere Haltungseinheiten als auch auf eine gleichzeitige Verlagerung zum mittelbäuerlichen Betrieb hin weiter fortgeschritten.

P. Porn

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 567	3 635	3 659	3 664	3 667
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 304	2 141	2 098	2 624	3 714	2 981 ^p	2 193 ^p	3 174 ^p	3 112 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	6,5	7,0	7,0	8,4	11,9	11,4 ^p	6,2 ^p	10,2 ^p	10,0 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	5 373	4 878	4 493	4 860	4 343	3 817 ^p	4 439 ^p	4 252 ^p	4 160 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	15,1	16,1	14,9	15,6	14,0	14,6 ^p	12,6 ^p	13,6 ^p	13,3 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 345	3 685	3 397	3 624	3 156	3 224 ^p	3 807 ^p	3 268 ^p	3 376 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	9,4	12,2	11,3	11,7	10,1	12,3 ^p	10,8 ^p	10,5 ^p	10,8 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	129	118	121	123	90	125	96	91	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,2	26,9	25,3	20,7	32,7	21,6	21,4	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	2 028	1 193	1 096	1 236	1 187	593 ^p	632 ^p	984 ^p	784 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	5,7	3,9	3,6	4,0	3,8	2,3 ^p	1,8 ^p	3,1 ^p	2,5 ^p
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 083	9 092	9 541	11 639	11 116
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 074	8 735	7 683	8 605	8 811
* Wanderungsgewinn oder -verlust	Anzahl	1 009	357	1 858	3 034	2 305
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 017	11 172	9 692	11 811	12 154
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8,4	18,3	4,9	4,7	4,7	5,4	5,0	5,1	5,2
* Männer	1 000	6,8	14,5	2,9	2,7	2,6	2,8	2,6	2,7	2,6
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
	Anzahl	755	890	68	57	72	72	53	56	60
Bauberufe										
	Anzahl	948	2 253	116	99	83	116	86	72	60
Industrielle und handwerkliche Berufe										
	Anzahl	4 372	9 911	2 614	2 350	2 268	3 240	2 934	2 787	2 769
Offene Stellen										
	Anzahl	27 607	19 460	34 845	35 532	35 399	36 578	38 235	35 951	34 663
Männer										
	Anzahl	15 420	10 430	21 403	22 093	21 832	22 389	23 715	22 786	22 199
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
	Anzahl	327	342	367	489	447	417	450	405	406
Bauberufe										
	Anzahl	2 508	1 911	3 051	3 026	2 861	3 525	3 456	3 439	3 479
Industrielle und handwerkliche Berufe										
	Anzahl	15 003	9 405	19 233	20 223	20 603	17 881	19 204	18 350	17 776
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	739	754	778	.	.	.	765	.	.
* Milchkühe	1 000	298	288	295	.	.	.	278	.	.
* Schweine	1 000	722	758	736	.	.	.	754	.	.
* Zuchtsauen	1 000	56	70	69	.	.	.	75	.	.
* Trüchtige Zuchtsauen	1 000	33	43	43	.	.	.	48	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	17	19	17	18	18	18	19	19	19
* Kälber	1 000	5	3	3	2	2	2	2	2	2
* Schweine	1 000	101	102	100	89	86	92	100	85	94
* Hausschlachtungen	1 000	24	21	10	8	7	13	9	9	8
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	11,0	11,7	12,1	11,6	11,2	11,6	12,7	11,4	12,5
* Rinder	1 000 t	4,2	4,9	4,6	4,7	4,7	4,9	5,1	5,1	5,2
* Kälber	1 000 t	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2
* Schweine	1 000 t	6,4	6,7	7,3	6,6	6,4	6,6	7,4	6,2	7,1
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	310	417	275	335	366	356	237	179	226
* für Legehennenküken	1 000	17	17	20	35	19	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	17	17	20	35	19	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	18	53	39	53	63	59	55	56	58
Milch										
* Milcherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	82	86	95	92	87	94	91	89	86
%	%	72,1	77,9	80,8	80,2	79,8	82,8	82,7	82,2	81,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	8,9	9,6	10,8	10,1	9,6	10,8	10,8	10,3	9,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	3 229	2 995	2 998	2 992	2 989	3 004	3 013	3 004	3 000
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	379	388	382	388	392	403	404	408	410
* Arbeiter 2)	1 000	294	294	289	294	297	303	304	308	309
* Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	48	47	44	48	45	44	48	50	46
Löhne und Gehälter (brutto)	Mill. DM	302	405	403	408	392	458	514	505	481
* Löhne (brutto)	Mill. DM	209	269	268	276	264	310	346	342	323
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	93	136	135	132	128	148	168	163	158
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	203	124	121	122	112	96	83	86	83
* Gasverbrauch (ohne Erdgas)	1 000 Nm 3	32 600	33 959	32 148	32 188	32 431	30 901	29 808	28 845	28 569
* Heizölverbrauch	1 000 t	117	174	144	145	140	180	169	166	161
* Stromverbrauch	Mill. kWh	592	738	715	750	739	791	792	808	772
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	231	328	295	300	298	302	286	278	264
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 4)	Mill. DM	1 412	2 041	1 952	2 163	1 888	2 101	2 356	2 480	2 208
* Auslandsumsatz	Mill. DM	230	455	460	483	405	462	523	510	441
Index der industriellen Produktion 5)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	129	185	194	180	174	216	209	200	192 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	131	194	198	184	176	222	216	207	196 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	131	195	201	186	178	224	219	209	198
Energiewirtschaft	1962 = 100	115	152	141	142	142	173	161	161	163 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	137	202	207	196	193	234	235	229	213
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	119	138	167	163	161	178	186	183	181
Chemische Industrie	1962 = 100	151	237	232	219	220	270	271	264	242
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	128	247	275	233	193	302	295	271	242
Maschinenbau und Datenverarbeitung	1962 = 100	111	218	255	207	135	246	259	225	193
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	123	160	152	149	148	166	147	146	153
Schuhindustrie	1962 = 100	118	120	70	115	124	86	66	106	118
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	128	154	155	137	147	172	169	143	148
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	140	173	157	160	182	171	165	167
Handwerk 6)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	.	103	101	.	.	.	101	.	.
* Umsatz	VjD 1962 = 100	.	160	148	.	.	.	173	.	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	.	157	140	.	.	.	165	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	170	242	220	211	178	209
Strombezug (netto)	Mill. kWh	474	595	545	626	621	682	681	730	...
Stromaufkommen	Mill. kWh	637	824	753	824	786	880	872	923	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm 3	12,1	0,6	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3
* Gasbezug (netto)	Mill. Nm 3	52	103	76	74	75	97	83	84	81
* Gasaufkommen	Mill. Nm 3	57	104	77	75	75	98	83	84	81
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	99	91	92	94	94	89	90	91	91
Facharbeiter	1 000	51	50	53	53	52	47	50	50	49
Helfer und Hilfsarbeiter	1 000	33	27	26	27	28	28	26	27	28
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 994	12 651	14 421	15 632	14 414	13 403	14 867	15 568	14 283
Privater Bau	1 000	7 759	6 963	7 929	8 371	7 668	7 455	8 200	8 336	7 565
* Wohnungsbauten	1 000	4 899	4 780	5 581	5 857	5 347	4 970	5 355	5 463	4 817
Landwirtschaftliche Bauten	1 000	415	233	306	316	291	216	224	193	206
Gewerbliche Bauten	1 000	2 445	1 950	2 042	2 198	2 030	2 269	2 621	2 680	2 542
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	1 000	6 235	5 688	6 492	7 261	6 746	5 948	6 667	7 232	6 718
Hochbau	1 000	1 791	1 363	1 552	1 653	1 559	1 258	1 386	1 575	1 442
Tiefbau	1 000	4 444	4 325	4 940	5 608	5 187	4 690	5 281	5 657	5 276
Straßenbau	1 000	2 027	2 113	2 449	2 695	2 611	2 349	2 659	2 784	2 612
Löhne und Gehälter (brutto)	1 000 DM	75 603	83 558	93 070	101 017	94 668	108 078	117 319	123 053	116 217
* Löhne (brutto)	1 000 DM	69 161	75 178	84 896	92 679	86 232	98 883	107 481	113 168	106 218
* Gehälter (brutto)	1 000 DM	6 442	8 380	8 174	8 338	8 436	9 195	9 838	9 885	9 999
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	1 000 DM	217 848	219 942	225 749	228 123	232 074	189 898	249 348	260 443	223 926

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenscheite = 1,45 t Braunkohlenbriketts. - 4) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 5) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 7) Ab Februar 1970 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 346	1 131	1 231	1 360	1 268	1 171	1 290	1 558	1 192
* Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	.	1 032	1 135	1 227	1 158	1 048	1 167	1 429	1 084
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 226	1 159	1 074	1 373	1 395	1 286	1 358	1 551	1 284
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	122 133	130 934	120 148	156 420	159 040	156 294	168 383	191 286	162 116
* Wohnfläche	1 000 qm	210	199	183	236	236	242	243	278	220
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
* Umbauter Raum	1 000 cbm	339	308	330	319	344	288	287	342	315
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	1 067	1 097	1 949	926	1 488	1 448	1 598	1 681	1 369
* Nutzfläche	1 000 qm	76 216	81 548	145 787	66 711	78 899	96 581	101 473	143 667	104 937
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	187	192	354	171	248	237	232	286	215
		2 790	2 344	2 560	2 793	2 961	2 630	2 643	3 043	2 721
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	104	101	.	.	101	116	.	.	118
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	119	133	.	.	134	155	.	.	159
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	124	136	.	.	136	158	.	.	161
Leichttrennwand	1962 = 100	121	132	.	.	133	157	.	.	163
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	117	122	.	.	123	148	.	.	153
Beton für Wände	1962 = 100	120	133	.	.	134	155	.	.	157
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	105	108	.	.	109	125	.	.	126
Innenwandputz	1962 = 100	127	138	.	.	140	165	.	.	167
Deckenputz	1962 = 100	129	139	.	.	140	165	.	.	165
Außenwandputz	1962 = 100	130	146	.	.	146	174	.	.	175
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	117	123	.	.	124	138	.	.	141
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	.	135	.	.	134	148	.	.	153
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	262,2	520,9	497,5	575,3	466,2	518,4	575,6	601,5	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7,8	16,1	17,3	19,7	13,5	17,0	20,7	20,5	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	254,4	504,8	480,2	555,6	452,7	501,5	554,9	581,0	...
* Rohstoffe	Mill. DM	6,9	8,9	10,5	9,8	8,4	9,7	10,9	11,9	...
* Halbwaren	Mill. DM	21,8	27,0	25,4	27,0	28,1	27,4	32,1	31,4	...
* Fertigwaren	Mill. DM	225,7	468,9	444,4	518,9	416,2	464,3	511,9	537,8	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	119,9	192,4	184,5	204,3	172,7	190,6	205,7	204,2	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	105,8	276,5	259,9	314,6	243,5	273,8	306,2	333,5	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EWG - Länder	Mill. DM	88,3	203,5	205,3	231,6	168,6	192,3	218,5	225,7	...
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	18,5	35,5	38,7	37,8	32,2	33,7	41,8	38,6	...
Frankreich	Mill. DM	27,0	82,7	82,3	96,8	59,3	76,2	78,2	86,4	...
Italien	Mill. DM	20,0	42,9	44,3	53,9	39,0	40,8	47,2	51,5	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	42,4	40,0	43,1	38,0	41,6	51,4	49,2	...
* EFTA - Länder	Mill. DM	71,9	109,8	100,8	116,4	103,3	112,5	120,8	118,5	...
Dänemark	Mill. DM	7,5	12,1	10,3	11,6	12,2	11,1	12,5	13,0	...
Großbritannien	Mill. DM	17,3	20,5	21,1	24,9	17,3	23,1	23,6	22,0	...
Österreich	Mill. DM	13,2	21,8	18,1	24,3	21,2	21,4	24,6	23,9	...
Schweden	Mill. DM	10,5	16,1	13,7	12,8	15,0	15,9	15,0	12,8	...
Schweiz	Mill. DM	17,8	28,8	28,5	31,5	27,8	31,7	33,2	34,3	...
USA und Kanada	Mill. DM	17,6	32,5	33,3	38,0	27,6	31,3	37,7	48,1	...
Ostblockländer	Mill. DM	11,2	26,8	19,6	31,8	17,8	30,7	21,7	25,5	...
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	12 201	19 806	20 637	25 193	20 316	17 842	18 871	19 676	17 440
* Lieferungen	1 000 DM	32 468	37 773	32 496	37 470	34 086	35 603	36 230	43 409	37 831
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	98	96	95	95	96	95	95	95	98
* Umsätze	1962 = 100	122	143	132	146	133	148	153	162	145
Waren verschiedener Art	1962 = 100	158	212	175	218	192	201	199	236	200
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114	127	125	132	128	135	141	145	140
Bekleidung, Wäsche, Sport-										
artikel und Schuhe	1962 = 100	114	133	107	136	109	146	130	141	109
Waren aus Metall, Kunststoff,										
Keramik und Holz	1962 = 100	122	143	126	147	137	146	158	183	171
Elektrotechn., feinmechanische										
und optische Erzeugnisse	1962 = 100	120	137	108	121	122	128	126	141	126
Fahrzeuge, Maschinen und										
Büroeinrichtungen	1962 = 100	127	137	146	147	117	144	179	171	133
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	107	114	117	118	122	114	121	123	120
Teilbeschäftigte	1962 = 100	185	175	172	192	184	187	215	221	231
* Umsatz	1962 = 100	132	145	154	166	175	175	177	194	220
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	142	175	229	282	285	236	258	328	361
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	132	143	150	160	169	170	169	182	209

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Fremdenverkehr										
in 241 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	206	215	263	341	370	284	287	364	...
* Auslands Gäste	1 000	41	50	68	135	125	64	80	147	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	767	792	1 041	1 373 ^T	1 480	950	1 093	1 413	...
* Auslands Gäste	1 000	81	114	157	351	300	131	177	368	...
Nach Gemeindegruppen										
Großstädte	1 000	82	87	97	125	120	105	107	136	...
Heilbäder	1 000	328	324	432	489 ^T	534	399	447	478	...
Luftkurorte	1 000	53	55	97	134	138	83	99	123	...
Erholungsorte 1)	1 000		114	155	225	259	115	164	258	...
Übrige Berichtsgemeinden	1 000	304	212	260	400	429	248	276	418	...
Verkehr										
Bundesbahn 2)										
Zugkilometer	1 000	2 974	3 207	3 213	3 598	3 541	3 169	3 582	3 725	3 621
Wagenachskilometer	1 000	120 148	131 654	131 859	149 209	143 667	133 350	152 736	158 795	150 073
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 235	1 408	1 405	1 603	1 541	1 435	1 667	1 711	1 622
Nettotonnenkilometer	Mill.	347	429	414	457	436	437	537	512	470
Gestellte Güterwagen	Anzahl	71 436	65 200	64 083	74 248	65 959	58 433	66 309	73 383	68 510
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	2 772	3 078	3 492	3 737	3 507	3 212	3 968	4 071	3 773
* Gütereinfahrt	1 000 t	1 356	1 541	1 731	1 772	1 740	1 465	1 823	1 837	1 789
* Güterversand	1 000 t	1 416	1 537	1 761	1 965	1 767	1 747	2 145	2 234	1 984
Schiffs- und Güterdurchgangs- verkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 721	4 056	4 262	4 529	4 376	3 464	3 931	4 242	3 906
Ladung	1 000 t	3 472	2 927	3 396	3 627	3 292	2 853	3 183	3 457	3 187
Auslastungsgrad 3)	%	82	81	90	90	85	90	90	91	91
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 830	4 358	4 610	4 648	4 820	3 497	4 309	4 520	4 139
Ladung	1 000 t	1 246	1 418	1 717	1 749	1 755	1 391	1 725	1 786	1 655
Auslastungsgrad 3)	%	77	77	89	88	84	87	90	89	89
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraft- fahrzeuge	Anzahl	8 055	9 887	10 113	11 019	6 210	11 371	13 326	13 164	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	32	29	46	52	32	69	84	92	...
* Personen- und Kombinations- wagen	Anzahl	6 846	7 861	8 851	9 748	5 260	10 156	10 769	11 799	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	553	592	655	717	481	742	832	756	...
Zugmaschinen	Anzahl	546	521	518	436	356	355	477	442	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	262	303	415	657	204	506	590	734	...
Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	20 990	22 061	21 496	20 844	18 561	23 755	25 485	23 548	21 522
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	19 968	20 084	19 258	18 995	17 253	21 090	22 387	21 281	19 829
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	634	1 629	1 641	1 290	849	2 076	2 413	1 664	1 143
Berufsverkehr	1 000	576	623	585	661	589	689	811	758	700
Schülerverkehr	1 000	56	1 003	1 054	629	259	1 386	1 602	906	443
Gelegenheitsverkehr	1 000	388	348	597	559	459	589	685	603	550
Ausflugsfahrten	1 000	92	87	145	154	108	123	163	154	155
Ferienziel-Reisen	1 000	1	1	2	3	6	1	3	3	3
Mietwagenverkehr	1 000	295	260	450	402	345	465	519	446	392
Wagenkilometer	1 000	8 951	10 223	11 257	11 887	10 908	11 491	12 753	12 482	11 358
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	5 696	6 570	6 729	7 167	7 408	7 705	7 261	8 079	7 489
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 592	1 684	1 951	2 013	2 024	2 168	2 033	2 218	2 044
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	4 104	4 887	4 778	5 154	5 384	5 537	5 228	5 861	5 445
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	3 508	4 156	3 977	4 424	4 583	4 610	4 386	4 924	4 548
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	596	731	801	730	801	927	842	937	897
* Getötete Personen	Anzahl	83	90	100	125	107	110	120	125	128
* Verletzte Personen	Anzahl	2 216	2 418	2 806	2 878	3 015	3 270	2 937	3 264	2 915
Schwerverletzte	Anzahl	741	832	939	1 019	1 082	1 148	1 066	1 160	1 023
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	36 901	37 953	37 463	35 381	31 639	34 305	37 984	36 984	32 465
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 114	1 124	726	919	956	826	838	983	976
Telegramme	1 000	86	61	62	71	69	67	62	71	67
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	773 166	882 250	835 137	925 014	858 909	1 049 090	1 108 209	1 181 582	1 042 816
Lastschriften	1 000 DM	772 416	881 000	825 021	933 792	856 888	1 023 153	1 112 355	1 199 393	1 029 799
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	9 164	12 770	12 334	15 160	14 159	12 531	16 342	21 173	18 881
Auszahlungen	1 000 DM	9 038	12 286	12 144	14 161	12 925	12 635	15 969	18 270	18 568
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	997	1 079	1 078	1 080	1 080	1 095	1 095	1 096	1 098
Fernsehrundfunk	1 000	595	889	886	891	894	935	937	939	961

1) Anerkannte Erholungsorte und Gemeinden mit einer mittleren Aufenthaltsdauer von mindestens 5 Tagen. - 2) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 3) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	10 036	17 732	15 568	15 796	15 977	18 567	18 844	18 928	19 034
* Kurzfristige Kredite 2) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 917	4 474	3 896	3 940	3 968	4 760	4 908	4 898	4 796
* Mittelfristige Kredite 3) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 863	4 398	3 793	3 849	3 881	4 687	4 811	4 782	4 692
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	1 294	1 851	1 634	1 641	1 677	2 010	2 052	2 027	2 047
* Langfristige Kredite 4) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 188	1 713	1 515	1 524	1 563	1 870	1 913	1 894	1 926
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	3	6	2	2	1	10	10	10	10
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 826	11 406	10 038	10 215	10 333	11 797	11 884	12 003	12 191
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	4 461	9 215	7 991	8 155	8 252	9 528	9 602	9 674	9 824
	Mill. DM	372	1 618	1 591	1 593	1 599	1 602	1 611	1 615	1 623
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	6) 8 531	15 844	15 352	15 357	15 404	16 412	16 547	16 695	16 934
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 944	5 028	5 049	5 019	4 979	5 325	5 406	5 542	5 705
* Spareinlagen	Mill. DM	2 258	4 018	4 166	4 153	4 090	4 134	4 319	4 460	4 559
* bei Sparkassen	Mill. DM	5 588	9 433	8 941	8 974	9 055	9 696	9 745	9 754	9 823
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3 771	6 081	5 746	5 763	5 811	6 253	6 270	6 265	6 308
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	301	476	417	554	426	424	490	646	501
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	246	425	366	522	346	389	443	642	433
* Zinsgutschriften	Mill. DM	15	31	0	1	0	0	1	2	1
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse	Anzahl	11	14	12	14	10	11	19	15	23
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	2	-	3	7	-	1	3
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	2 391	1 848	1 967	2 166	1 860	1 583	1 793	1 752	1 429
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	3 286	3 772	4 035	3 739	3 755	4 617	4 166	2 671
Steuern										
* Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	256 725	346 816	464 370	329 292	240 842	227 456	462 076	339 547	276 026
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 021	206 560	331 161	190 892	104 106	114 906	360 045	206 399	149 499
* Lohnsteuer	1 000 DM	59 322	96 178	72 837	86 788	83 142	104 040	97 239	112 555	134 427
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 006	66 982	175 305	17 217	10 370	4 735	171 915	19 017	4 674
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	5 223	7 437	2 712	65 846	7 287	1 136	7 338	72 025	7 043
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	29 470	35 963	80 307	21 041	3 307	4 995	83 553	2 802	3 355
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	104 704	140 256	133 209	138 400	136 736	112 550	102 031	133 148	126 527
* Umsatzsteuer	1 000 DM	83 759	109 103	110 504	115 147	111 906	94 604	84 224	100 380	108 190
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 945	31 153	22 705	23 253	24 830	17 946	17 807	32 768	18 337
* Bundessteuern	1 000 DM	67 618	69 028	59 561	56 005	58 402	68 505	98 065	100 512	90 893
* Zölle	1 000 DM	24 568	10 176	4 855	7 460	4 043	3 104	11 518	14 366	7 031
* Verbrauchsteuern	1 000 DM	39 052	50 732	44 892	41 825	48 153	60 144	75 340	78 409	73 534
* Mineralölsteuer	1 000 DM	3 541	7 803	7 489	8 891	8 139	8 908	33 471	34 044	27 191
* Branntweinmonopol	1 000 DM	14 094	21 886	21 509	14 499	21 871	30 425	20 479	22 209	26 158
* Schaumweinsteuer	1 000 DM	5 136	7 888	6 686	4 778	7 623	6 447	6 452	6 672	6 436
* Landessteuern	1 000 DM	25 951	34 610	28 434	29 356	45 869	51 181	31 143	33 687	52 043
* Vermögensteuer	1 000 DM	5 486	7 760	1 783	1 599	19 937	22 732	2 121	2 401	25 164
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 282	17 854	16 806	18 795	15 598	18 034	19 323	21 008	17 349
* Biersteuer	1 000 DM	4 670	5 625	6 447	5 746	7 199	5 348	5 864	6 708	6 435
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	171 391	241 065	208 379	.	.	.	247 372	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	117 256	174 627	139 797	.	.	.	149 249	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	8 458	10 629	9 434	.	.	.	11 293	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 696	9 685	11 106	.	.	.	10 835	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	22 044	27 820	29 389	.	.	.	29 188	.	.
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	229 669 ²⁾	278 193	306 856	259 463	228 043	217 802	333 462	310 868	246 917
* Einnahmen des Landes	1 000 DM	120 625	172 261	245 509	155 190	117 070	187 598	252 596	215 085	179 340
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	92 733	134 264	215 255	124 080	67 669	49 839	161 182	93 989	65 012
* Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁷⁾	1 000 DM	-	-	-	-	-	65 905	57 476	64 246	59 841
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	-	-	-	-	20 673	2 793	23 163	2 444
* Einnahmen der Gemeinden (Gv.)	1 000 DM	171 391	241 065	208 379	.	.	.	247 372	.	.
* Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	-	-	-	-	.	65 658	.	.

1) Ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckkämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. - Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 2) Laufzeit bis zu 1 Jahr (bis einschl. 1968 = 6 Monate). - 3) Laufzeit 1 bis 4 Jahre (bis einschl. 1968 = 6 Monate bis 4 Jahre). - 4) Ab 1969 einschl. Landeswohnungsbaufonds. - 5) Einschl. Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ohne aufgenommene Kredite. - 7) Einschl. Umsatzsteuerausgleich zwischen den Ländern.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	185	228	.	230	.	.	.	264	.
* Männliche Arbeiter	DM	201	249	.	250	.	.	.	289	.
Facharbeiter	DM	213	264	.	265	.	.	.	307	.
Angelernte Arbeiter	DM	199	244	.	245	.	.	.	281	.
Hilfsarbeiter	DM	169	207	.	210	.	.	.	243	.
* Weibliche Arbeiter	DM	123	152	.	152	.	.	.	171	.
Bruttostundenverdienste	DM	4,09	5,09	.	5,06	.	.	.	5,91	.
* Männliche Arbeiter	DM	4,37	5,42	.	5,39	.	.	.	6,32	.
Facharbeiter	DM	4,63	5,76	.	5,71	.	.	.	6,70	.
Angelernte Arbeiter	DM	4,29	5,31	.	5,27	.	.	.	6,17	.
Hilfsarbeiter	DM	3,73	4,52	.	4,53	.	.	.	5,28	.
* Weibliche Arbeiter	DM	2,96	3,67	.	3,66	.	.	.	4,20	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,9	44,7	.	45,4	.	.	.	44,7	.
* Männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,7	.	46,4	.	.	.	45,7	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,3	.	41,5	.	.	.	40,7	.
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	41,2	41,1	.	41,1	.	.	.	38,6	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	42,1	.	42,3	.	.	.	39,7	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	37,6	.	36,2	.	.	.	34,1	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	970	1 234	.	1 236	.	.	.	1 400	.
Kaufmännische Angestellte	DM	876	1 116	.	1 117	.	.	.	1 260	.
* Männliche Angestellte	DM	1 057	1 358	.	1 360	.	.	.	1 522	.
* Weibliche Angestellte	DM	674	849	.	848	.	.	.	975	.
Technische Angestellte	DM	1 140	1 434	.	1 435	.	.	.	1 630	.
* Männliche Angestellte	DM	1 172	1 476	.	1 476	.	.	.	1 680	.
* Weibliche Angestellte	DM	783	983	.	985	.	.	.	1 127	.
im Handel, Kredit- und Versicherungs-										
in Kaufmännische Angestellte	DM	651	839	.	846	.	.	.	954	.
Kaufmännische Angestellte	DM	646	835	.	841	.	.	.	949	.
* Männliche Angestellte	DM	852	1 093	.	1 097	.	.	.	1 241	.
* Weibliche Angestellte	DM	513	655	.	660	.	.	.	746	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	817	1 048	.	1 053	.	.	.	1 193	.
Kaufmännische Angestellte	DM	742	952	.	957	.	.	.	1 081	.
* Männliche Angestellte	DM	952	1 220	.	1 223	.	.	.	1 377	.
* Weibliche Angestellte	DM	570	727	.	730	.	.	.	831	.
Technische Angestellte	DM	1 124	1 415	.	1 416	.	.	.	1 604	.
* Männliche Angestellte	DM	1 156	1 459	.	1 458	.	.	.	1 659	.
* Weibliche Angestellte	DM	769	959	.	964	.	.	.	1 091	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 055	1 094	1 088	1 090	1 101 ^r	1 110	1 109	1 110	1 118
Pflichtmitglieder	1 000	671	656	647	649	661 ^r	669	667	667	673
Rentner	1 000	241	342	343	343	344 ^r	349	349	350	351
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,1	4,2	4,6	4,5 ^r	4,5	4,8	4,8	4,4
Männer	%	4,9	5,2	4,3	4,6	4,6 ^r	4,6	5,0	5,0	4,6
Frauen	%	4,8	5,1	4,1	4,5	4,4 ^r	4,4	4,6	4,4	4,1
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	307 980	359 232	358 349	360 407	362 079	363 689	364 457	368 827	371 480
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	58 446	92 565	92 596	92 865	94 061	98 554	109 868	102 889	104 799
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 169	8 575	3 963	3 576	3 391	4 302	4 052	3 731	3 732
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	6 755	7 236	2 805	2 646	2 489	3 602	3 436	3 103	3 063
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	2 507	3 684	1 472	1 282	1 253	870	2 507	1 515	1 811
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	2 400	3 314	1 186	1 059	1 008	847	2 203	1 408	1 635
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	176	164	164	.	.	.	160	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	26 846	29 050	29 248	29 311	29 066	35 244	35 119	34 444	34 381

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 297	61 195 ^p	60 772	60 842	60 910	61 426
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 011	37 215 ^p	52 591	36 142	43 549	38 966	45 472	39 681	48 434
Lebendgeborene 2)	Anzahl	87 027	75 288 ^p	80 038	75 800	78 177	73 751	69 361	71 048	70 908
Gestorbene 3)	Anzahl	56 469	62 030 ^p	58 456	55 932	59 074	58 961	57 649	58 170	56 421
Geburtenüberschuß	Anzahl	30 558	13 258 ^p	21 582	19 868	19 103	14 790	11 712	12 878	14 487
Arbeitslose	1 000	147	179	123	111	108	121	103	95	99
Männer	1 000	106	125	77	69	67	68	55	50	52
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	17 723	19 323	.	19 026	.	.	.	17 732	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	234	280	277	276	262	298	282	287	286
Milcherzeugung	1 000 t	1 765	1 846	2 223	2 110	2 055	2 045	2 190	2 088	2 027
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 460	8 308	8 228	8 250	8 314	8 575	8 568	8 573	8 621
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 055	996	979	958	990	1 083	975	1 024	1 025
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	31 218	39 211	37 716	38 621	39 817	45 579	40 672	45 191	45 097
Auslandsumsatz	Mill. DM	4 903	7 747	7 722	8 095	8 059	8 952	7 845	8 848	8 584
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtdindustrie	1962 = 100	118	148	154	156	137	159	173	160	146
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	149	154	155	136	160	173	160	145
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	118	148	154	155	136	158	172	160	145
Energiewirtschaft	1962 = 100	126	175	158	156	147	195	185	165	161
Bergbau	1962 = 100	100	97	96	95	90	101	100	95	93
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	119	152	158	160	139	162	177	164	149 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüter	1962 = 100	125	170	175	181	167	182	193	185	179
Investitionsgüter	1962 = 100	118	147	155	159	128	163	182	167	141
Verbrauchsgüter	1962 = 100	116	144	150	145	124	151	164	144	128
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115	134	138	135	128	132	149	139	129
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	119	128	160	158	142	139	177	162	153 ^p
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	11 256	9 302	8 759	8 510	9 514	9 977	7 841	9 114	9 748
Braunkohlenförderung (brutto)	1 000 t	8 492	8 952	8 369	8 266	8 832	8 844	8 935	8 737	9 351
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 249	2 814	2 768	2 818	2 944	2 944	2 827	2 867	3 007
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 014	3 714	3 582	3 765	3 847	3 970	3 682	3 849	3 994
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 070	2 687	2 536	2 632	2 825	3 004	2 559	2 828	2 910
Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	13 003	18 837	16 965	16 382	17 020	20 559	18 375	17 731	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm ³	4 980	6 147	5 846	5 686	5 817	6 758	6 575	6 239	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 643	1 505	1 533	1 546	1 558	1 523	1 544	1 564	1 581
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	233	203	234	234	249	228	224	248	251
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	3 698	3 563	2 923	3 379	3 693	3 188	3 403	4 313	4 767
Baugenehmigungen Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	47 639	48 805	51 207	45 880	54 736	48 929	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	124	152	152	139	153
Großhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	145	144	142	151	171	152	165 ^r	165
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	116	129	140	140	145
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	5 871	8 167	8 097	8 196	8 585	9 645	8 607	9 569	9 294
Ausfuhr	Mill. DM	5 971	9 463	9 528	9 346	10 244	10 757	9 706	10 705	11 292
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	100	1 296	1 432	1 149	1 659	1 112	1 099	1 136	1 998

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	103	118	111	112	120
Binnenschifffahrt	1962 = 100	113	136	150	157	158	160
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	122	146	148	145	143	164
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	93	85	82	82	82
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	95	89	88	86	81	96	90
Geld und Kredit (Stand am Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	29 652	34 689	33 193	33 611	34 097	34 997	35 164	34 988	36 550 ^H
Kredite und Einlagen 2)										
Kredite an Nichtbanken 3)	Mill. DM	316 728	491 247	446 334	452 385	453 870	503 327 ^r	507 744	513 959	517 209 ^H
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	71 093	108 203	94 960	98 021	95 556	109 873 ^r	111 738	115 146	114 281 ^H
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	245 635	383 044	351 374	354 364	358 314	393 454 ^r	396 006	398 813	402 928 ^H
Durchlaufende Kredite	Mill. DM	26 007	34 099	33 276	33 258	33 404	34 656 ^r	34 829	34 868	35 081 ^H
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken										
Sicht- und Termingelder	Mill. DM	258 110	405 917	380 800	380 134	381 117	405 971	411 480	414 756	417 886 ^H
Spareinlagen	Mill. DM	123 539	181 369	170 597	168 667	168 347	176 602	181 502	184 043	183 669 ^H
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	109,0	144,4	143,4	144,6	138,8	143,0	129,7	124,3	123,5 ^H
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	3 421	4 721	2 247	7 923	3 236	2 714	2 744	8 353	3 860
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 018	3 063	3 017	3 055	3 064	2 774	3 088	2 996	3 061
Bundessteuern	Mill. DM	1 630	2 171	2 103	2 130	2 136	2 142	2 148	2 447	2 260
Landessteuern	Mill. DM	546	720	1 042	564	580	694	1 081	595	676
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63=100	107,2	102,6	104,5	105,3	106,3	105,3	104,0 ^D	103,8 ^D	105,7 ^P
Index der Einkaufspreise landw. Betriebsmittel 4) 5)	1962/63=100	104,4	102,4	103,7	103,9	103,2	108,0	108,1	108,9 ^r	108,8
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	104,0	101,5	100,6	100,8	101,1	106,8	106,8	107,4	107,6
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	114,6	127,2	125,7	.	128,0	.	147,4	.	149,6
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	97,5	100,5	99,8	.	101,5	.	116,2	.	117,6
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938 = 100	215,8	236,3	236,2	237,0	236,6	244,2	244,6	245,7 ^r	245,7
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1958 = 100	117,5	128,7	128,7	129,1	128,9	133,0	133,2	133,9	133,9
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1962 = 100	109,0	119,3	119,3	119,7	119,5	123,3	123,5	124,1	124,1
Preisindex für die Lebenshaltung 9)	1962 = 100	108,7	119,5	119,3	119,6	119,5	123,6	123,8	124,2	124,2
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	108,8	114,1	114,7	115,0	114,8	117,8	118,0	118,5	118,3
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	105,8	111,3	110,9	111,0	111,1	114,9	115,2	115,3	115,6
Wohnungsmiete	1962 = 100	117,8	156,6	156,2	156,8	157,1	162,1	162,5	162,9	163,5
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	107,1	118,7	114,9	115,4	115,6	124,2	123,7	125,7	126,5
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	104,8	109,1	108,8	108,8	108,2	114,0	113,6	114,0	113,1
Waren und Dienstleistungen für										
Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	1962 = 100	105,2	115,3	115,4	115,4	115,4	117,2	117,4	117,6	117,9
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	112,3	133,3	132,9	132,9	133,0	139,9	140,3	140,7	141,2
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	110,2	123,1	122,6	122,8	123,0	128,8	128,9	129,1	129,3
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	106,0	116,4	115,6	115,7	115,7	120,5	120,6	121,0	121,2
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	126,8	157,2	.	.	158,5	176,0	.	.	183,4
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	127,3	161,7	.	.	163,5	179,4	.	.	183,2
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	127,8	159,3	.	.	159,6	176,9	.	.	185,5
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	128,2	163,5	.	.	165,1	182,0	.	.	187,7
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	99,4	98,6	.	.	99,3	99,5	.	.	98,9
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	99,2	98,7	.	.	98,8	98,3	.	.	97,3

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute. - 2) Ohne Zentralbanksystem. Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Einschl. Wertpapiere, Ausgleichs- und Deckungsforderungen. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahniig). - 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. - 9) Alle privaten Haushalte.

Inhalt dieses Jahrgangs

Themen der bisherigen Hefte

Heft 1/Januar

Ernte 1969
Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 1969
Bevölkerungsbewegung 1968
Sozialhilfeempfänger 1968
Tuberkulose 1968

Heft 2/Februar

Bauwirtschaft in den neuen Kreisen
Landwirtschaft in den neuen Kreisen
Wein, Obst und Gemüse 1969
Nutztviehhaltung 1969
Meldepflichtige Krankheiten 1969

Heft 3/März

Öffentlich Bedienstete 1969
Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1969
Investitionen 1968
Bauwirtschaft 1968
Binnenschifffahrt 1965 bis 1969

Heft 4/April

Steuereinnahmen 1969
Industrie 1969
Leistungskraft der neuen Kreise
Erwerbstätigkeit 1969
Ausfuhr 1969

Heft 5/Mai

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970
Sozialprodukt 1969
Gebäude und Wohnungen 1968
Handwerk in den neuen Kreisen 1962 bis 1969
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1969
Milch, Fleisch und Eier 1969

Heft 6/Juni

Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte 1969
Sozialhilfe 1969
Öffentlich Bedienstete 1969
Gebäude, Wohnungen und Wohnparteien 1968
Personenverkehr 1969
Straßenverkehrsunfälle 1969

Heft 7/Juli

Volksschulen 1969/70
Kriegsopferfürsorge 1969
Einzelhandel 1969
Schlacht tier- und Fleischbeschau 1969
Milchkuhhaltung 1969

Heft 8/August

Ernteaussichten 1970
Schweinehaltung 1969
Hochbautätigkeit 1969
Sozialer Wohnungsbau 1969
Tiefbauaufträge 1969
Öffentliche Jugendhilfe 1969

Heft 9/September

Handel und Gastgewerbe 1968

Industrie Rheinland-Pfalz/Bund

Baulandmarkt 1969

Sozialhilfeempfänger 1969

Zuchtsauenhaltung 1969

Themen der folgenden Hefte

Bodennutzung 1970

Sterbefälle und Todesursachen 1969

Bauhauptgewerbe 1970

Struktur des Einzelhandels 1968

Struktur des Großhandels 1968

Straßenverkehrsunfälle 1969

Gebäude und Wohnungen 1968

Erbschaftsteuer 1967-1969

AUSZUG AUS DEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170, 193	Bevölkerungsentwicklung 1951 - '58, '59, '60, '61, '62, 1963 - '65, 1966 - '67
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 5 Reihen	

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152, 203	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965, 1969
" .., 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" .., 24, 46, 87, 142, 195	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964, 1969
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 4 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70, 82, 92,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182, 192, 205	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93, 104, 133,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 140, 149, 159, 168, 185, 196, 206	1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
Statistische Berichte: 23 Reihen	

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184, 197	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
“ 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
“ 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
“ 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
“ 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
“ 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
“ 77	Gemeindestraßen 1956
“ 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
“ 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963
“ 190, 198	Straßenverkehrsunfälle 1967, 1968

Statistische Berichte: 15 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
“ 35, 51, 67, 76, 85, 98, 107	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960.
“ 134, 144, 151, 161, 176, 187, 201	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
“ 158, 174, 183, 194, 200	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967, 1968, 1969

Statistische Berichte: 6 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
“ 71, 84, 90, 96, 106, 127,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
“ 145, 153, 166, 180, 189, 199	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
“ 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
“ 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
“ 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
“ 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
“ 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
“ 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
“ 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
“ 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
“ 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
“ 88, 95, 105, 137, 157, 178, 202	1961, 1962, 1964, 1966, 1968
“ 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
“ 33, 147, 207	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962, 1966
“ 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966,
“ 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966, 1969
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.